

Der Correspondent.

Wochenschrift

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Herausgegeben vom Leipziger Fortbildungsverein durch Richard Härtel.

Erscheint
jeden Freitag.

Alle Postämter
und Buchhandlungen
nehmen
Bestellungen an.

Abonnementspreis
pro Quartal 12 1/2 Ngr.
= 48 Kr. Ngr. =
65 Ngr. Oester. Währ.
pränumerando.

Inserate à Seite 1 Ngr.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 22. Mai 1868.

№ 21.

Verhandlungen

des

zweiten deutschen Buchdruckertages

zu Berlin,

am 11., 12., 13. und 14. April 1868.

(Stenographischer Bericht.)

[Schluß.]

Die Versammlung geht zu Nr. 4 der Tagesordnung über: Berathung und Beschlussfassung über die Gründung einer Verbands-Invalidentasse nebst Statutenentwurf und den dazu gehörigen Anträgen.

Hierzu hat Herr Schulz folgenden Antrag gestellt: „Der Buchdruckertag beschließt, den Wolff'schen Entwurf einer Invalidentasse einer Commission zu überweisen, setzt jedoch folgende Grundprincipien für dieselbe fest: 1) Die Invalidentasse bleibt 10 Jahre geschlossen. 2) Der in diesen 10 Jahren angesammelte Fonds wird für unfindbar erklärt. 3) Der Beitrag beträgt 2 Sgr. 4) Die nach Eröffnung der Invalidentasse eingehenden Beiträge werden unter die Invaliden vertheilt mit Festsetzung eines Minimums von 1 Thlr. und eines Maximums von 1 1/2 Thlr. wöchentlich. 5) Der Beitritt zu dieser Kasse steht jedem Verbandsmitglied frei, welches nicht schon Mitglied einer Orts-Invalidentasse ist, und zwar bis zum 1. Januar 1869. 6) Das Statut gelangt auf dem nächsten Buchdruckertage zur Berathung und Beschlussfassung.“

Dieser Antrag wird von der Majorität unterstützt und ist dadurch zugleich Beschluß geworden. Die Specialdebatte über Punkt 1 der Grundprincipien wird eröffnet.

Herr Wagner. Was soll mit denen geschehen, die während dieser 10 Jahre Invalide werden, wenn sie von einem Orte, wo eine Invalidentasse besteht, nach einem andern kommen, wo keine ist? — Dann scheint mir auch bei 2 Sgr. die Sparzeit zu weit gegriffen. Wenn wir nur 1 Sgr. einzahlen, würden wir bei etwa 3000 Mitgliedern in 10 Jahren ein Kapital von 50,000 Thln. haben.

Herr Gerson. Dieser erste Passus bedarf wol keiner Debatte. Zu einer Invalidentasse muß ein Grundfonds geschaffen werden, und dazu gehört ein 8- bis 10jähriger Beitrag.

Herr Schulz. Auch ich bin für eine 10jährige Sammelzeit und empfehle zugleich, diesen Zeitraum bei allen Kassen einzuführen, wo er noch nicht festgesetzt ist, damit wir Gleichheit erhalten; das erleichtert die Gegenseitigkeit.

Herr Herrmann. Der Dresdener Verein will als ein Grundprincip festgesetzt wissen, daß für diejenigen Collegen, welche keiner Local-Invalidentasse beitreten können, der Zwangsbeitrag eingeführt wird, daß jedoch für diejenigen, welche schon einer Invalidentasse angehören, deren Zahlungsfähigkeit aber nicht genügend sind, die Verbands-Invalidentasse eine Ausgleichsstufe werde und ihnen deshalb der freiwillige Beitritt gestattet wird.

(Ein Antrag auf Schluß, nachdem die eingeschriebenen Redner gesprochen haben, wird angenommen.)

Herr Wolff. Der zwangsweise Beitritt ist schon in das Verbandsstatut aufgenommen. Ein specielles Statut kann eigentlich erst nach Jahren festgesetzt werden, deshalb aber immer auf Grund der herausgehobenen Punkte die Invalidentasse in Kraft treten.

Herr Herrmann. Der Dresdener Verein hat die Grundprincipien, die er für die Invalidentasse als maßgebend hinstellt, Herrn Härtel eingesandt, sie haben aber einen Platz im „Corr.“ gefunden. Trotzdem glaube ich, daß wir diese Grundzüge hier zur Sprache bringen können.

Herr Richter. Eine Sammelperiode ist unbedingt nöthig. Der Magdeburger Verein gründete eine Invalidentasse mit 2 1/2 Sgr. Beitrag und jährlicher Sammelperiode. Dieser Beitrag war zu hoch und wurde auf 1/4 Sgr. normirt, während die Sammelperiode auf 6 Jahre festgesetzt wurde. Nach Verlauf dieser Zeit hatten wir erst 3000 Thlr. Sätten wir nur 5 Jahre sammelt, so würden wir nur 1500 Thlr. gehabt haben, mit denen wir nicht hätten anfangen können. So wird

es sich auch mit der Verbands-Invalidentasse herausstellen.

Herr Achenbach. Indem ich dem Wolff'schen Entwurf die größte Anerkennung zolle, muß ich mich auch für eine 10jährige Schließung erklären. Wir haben mit der Mittelrheinischen Verbands-Invalidentasse die bittersten Erfahrungen gemacht; wir mußten sie zusammenstürzen, weil ihre Durchführung nicht möglich war.

Herr Wagner. Ich habe mich vielleicht nicht deutlich ausgedrückt. Ich bin nicht gegen eine 10jährige Schließung; ich möchte nur wissen, was mit denen geschehen soll, die z. B. von Berlin nach Schleswig-Holstein kommen, wo eine Invalidentasse nicht existirt, und nach 5 Jahren Invalide werden?

Herr Achenbach. Solange die Verbands-Invalidentasse nicht in Thätigkeit getreten ist, kann sie keine Gegenseitigkeit üben. Die Freiwilligkeit übt sie, indem sie einen Leben aufnimmt, der einer andern Invalidentasse angehört hat.

(Die Debatte wird geschlossen und Punkt 1 angenommen, desgl. Punkt 2; es wird die Discussion über den dritten Punkt eröffnet.)

Herr Conradt. Ich schlage vor, bei dem Satz von 1 1/2 Sgr. stehen zu bleiben. Für die Collegen in den kleineren Städten, für die die Kasse hauptsächlich gegründet wird, ist die Beitragshöhe eine wesentliche Sache.

Herr Wolff. Ich lege auf einen Beitrag von 1 1/2 Sgr. deshalb Gewicht, weil derselbe mit fast den meisten bezüglichen Beiträgen übereinstimmt und abgerundete Rechnungverhältnisse ermöglicht.

Herr Schulz. Die Rechtsverhältnisse will ich bei Seite lassen; aber mit 1 1/2 Sgr. pro Woche sind wir, wie die Statistik und Erfahrung lehren, nicht im Stande, 1 1/2 Thlr. Invalidengeld zu zahlen, und das ist doch das Minimum, das wir in Aussicht nehmen. Bei 2 Sgr. Beitrag und 1 1/2 Thlr. Invalidengeld werden wir einen nur ganz geringen Ueberschuß, bei 1 Thlr. 20 Sgr. dagegen schon eine Unterbilanz haben. Können wir später die Leistung erhöhen, bin ich gewiß dafür, im Anfang aber ist es nothwendig, lieber den Beitrag höher anzusetzen.

(Ein Antrag auf Schluß wird angenommen.)

Herr Härtel. Ich wünsche, den Beitrag pro Woche zu normiren, sonst werden wir bedeutende Reste haben.

Herr Senfft. Ich bin für einen Beitrag von 1 1/2 Sgr. Die 1850 gegründete Thüringer Kasse hat 10 Jahre gesammelt und unterstützt jetzt ca. 16 oder 18 Invaliden mit 1 1/2 Thlr. wöchentlich, ohne ihren eiserne Fonds anzugreifen.

Herr Achenbach. Ich halte 2 Sgr. nicht für zu hoch; im Gegentheil, wenn die Verbands-Invalidentasse den anderen Invalidentassen Deutschlands gegenüber stehen soll, muß sie auf die Dauer bestehen können, denn geht sie ein, so geht auch ein Theil des Credits des Verbandes zu Grunde.

Herr Herrmann. Ehe wir über die Steuer sprechen, müssen wir erst einig sein, ob und unter welchen Bedingungen Alle beitreten können, da die Steuer davon abhängt. Der Dresdener Verein stellt daher den Antrag:

„Wir beantragen zweifache Theilnahme, gezwungene für diejenigen, welche noch keiner Invalidentasse angehören, und freiwillige begünstigt für diejenigen, welche bereits einer derartigen Kasse angehören.“

(Die Discussion ist geschlossen. Der Beitragssatz von 2 Sgr. wird abgelehnt, der von 1 1/2 Sgr. angenommen. — Die Debatte über Punkt 4 wird eröffnet.)

Herr Conradt. Die Zinsen des Kapitals werden doch auch hierzu verwendet?

Herr Gerson. Die Interessen des unfindbaren Fonds stehen jeder Zeit zur Verfügung.

Herr Conradt. Dann würde ich vorschlagen zu sagen: „Beiträge incl. Interessen.“

Herr Schulz. Ich würde dann lieber „Einnahmen“ sagen.

Vorsitzender. Dann heißt es jetzt: „Die nach Eröffnung der Invalidentasse eingehenden Einnahmen“ u. s. w.

Herr Schulz. Vorausichtlich haben wir in der ersten Zeit nicht so viel Invaliden, das kann aber anders werden und deshalb müssen wir ein Minimum und Maximum festsetzen.

(Ein Schlußantrag wird angenommen.)

Herr Karra's. Hiernach scheint mir das Invalidengeld nicht gleichmäßig zu bleiben, sondern je nach Bestand der Kasse abzuweichen? Das ist nicht zweckmäßig. Ich würde lieber vorschlagen zu sagen: nach 10 Jahren Beitrag 1 Thlr., nach 15 Jahren 1 Thlr. 10 Sgr., nach 20 Jahren 1 Thlr. 15 Sgr. Dann würden wir die Leistung ohne Erhöhung der Steuer durchführen können.

Herr Conradt. Ich bin dafür, den Minimalatz zu streichen. Die Einnahmen könnten vielleicht nicht ausreichen und dann müßten wir die Steuer erhöhen. An dem Maximum von 1 1/2 Thlr. will ich aber festhalten; kommt mehr ein, dann kann es kapitalisiert werden.

Herr Schulz. Ein Minimum muß festgesetzt werden, denn ein Jeder muß wissen, wie viel er einmal zu bekommen hat.

(Die Discussion ist geschlossen. Punkt 4 wird mit der Modification „Einnahmen“ statt „Beiträge“, angenommen und Punkt 5 zur Discussion gestellt.)

Vorsitzender. Der Punkt 5 muß jetzt heißen: „Zum Beitritt ist jedes Verbandsmitglied verpflichtet, welches u. s. w.“ Ferner gehört hierzu der von Herrn Herrmann gestellte Antrag.

Herr Krümling. Ich halte für nothwendig, die Verbands-Invalidentasse obligatorisch zu machen, sonst führt es zu großen Inconsequenzen. Ich gehöre z. B. einer Orts-Invalidentasse an, komme aber nach neun Jahren in eine andere Stadt, wo keine Orts-Invalidentasse besteht; meine frühere Invalidentasse beruht noch nicht auf Gegenseitigkeit und ich kann also erst nach zehn Jahren Anspruch auf die Verbands-Invalidentasse machen.

Vorsitzender. Diese Bedenken fallen, da die Gegenseitigkeit erreicht werden muß.

Herr Krümling. Wir haben sie aber noch nicht, sondern erst dann, wenn wir den schon bestehenden Kassen ein entsprechendes Aequivalent bieten können. Ich bin der Meinung, daß wir in den Gewerbetreibenden Provinzial-Invalidentassen errichten, die den größeren Orten gegenüber dann in Gegenseitigkeit treten können.

Herr Penz. Wir können denen, die bereits einer gut situirten Orts-Invalidentasse angehören, nicht zumuthen, der Verbands-Invalidentasse zwangsweise beizutreten. Ich erkläre mich entschieden dagegen.

(Ein Schlußantrag wird angenommen.)

Herr Smalian. Ich schließe mich dem Herrmann'schen Antrage an. Wir zahlen z. B. zur Berliner Invalidentasse 2 Sgr. und würden, wenn wir der Verbands-Invalidentasse beitreten müßten, 3 1/2 Sgr. wöchentlich zahlen müssen.

Herr Herrmann. Der Beitrag für den freiwilligen Beitritt müßte ein niedrigerer sein, sonst würde das Invaliden-Beneficium zu hoch und dadurch verlockend.

Herr Schulz. Ich rathe von doppelter Theilnahme ab. Wer schon einer Ortskasse angehört, soll nicht noch der Verbandskasse beitreten.

Herr Härtel. Die Gründung und das Bestehen einer Invalidentasse ist nur möglich, wenn der Beitritt obligatorisch ist, da sich sonst nur diejenigen Orte anschließen, wo noch keine Invalidentasse besteht. Daß wir diese Kasse jetzt nur für diejenigen einführen wollen, die noch keiner Orts-Invalidentasse angehören, ist mir unbegreiflich. Meines Erachtens müßte die Kasse für ganz Deutschland bestehen.

Herr Achenbach. Wo sollen die Mitglieder zur Invalidentasse herkommen, wenn Sie dem Herrmann'schen Antrage nicht zustimmen? Wo existirt denn noch keine Invalidentasse? Der Antrag ist ganz gut.

(Die Discussion ist geschlossen. Der Antrag des Herrn Herrmann wird angenommen und damit ist Punkt 5 des Schulz'schen Antrages gefallen. — Es ist 2 Uhr und die Sitzung wird auf eine Stunde vertagt. — Wiedereröffnung der Sitzung um 3 1/4 Uhr.)

Vorsitzender. Wir haben noch über den letzten Punkt der Grundprincipien zu beschließen. Da Niemand das Wort verlangt, nehme ich an, daß Sie damit ein-

verstanden sind. (Zustimmung.) Dann hat Herr Gerard noch einen Antrag in Betreff des Alters eingereicht, und Herr Schulz hat denselben folgendermaßen aufgefaßt: „Alle diejenigen, welche noch nicht Mitglieder einer Orts- oder Bezirks-Invalidentasse sind, sollen ohne weitere Bedingungen in die Verbands-Invalidentasse aufgenommen werden; bezüglich Derjenigen aber, welche bereits Mitglieder einer Invalidentasse sind, wird ein Alter festgesetzt.“

Es ist das Aste, auch das Föfte Lebensjahr vorgeschlagen. Herr Wolff. Ich möchte für ein gewisses Alter einen höhern Beitrag festsetzen, um einen Ausgleich zu erzielen, d. h. nur für Diejenigen, die schon einer Invalidentasse angehören.

Herr Bärkel. Durch Festsetzung eines Alters wird Manches von vornherein ausgeschlossen. Vorsitzender. Das ist nicht der Fall, denn das Alter soll nur für Diejenigen gelten, die schon Mitglieder einer andern Invalidentasse sind.

Herr Couradt. Ich wünsche die Berathung des Statuts bis zum nächsten Buchdruckerstage zu verschieben. Herr Penz. Könnte nicht schon vorher geneuert werden, ehe das Statut fertig ist?

Herr Wolff. Es ist schon ausgesprochen: vom 1. Jan. 1869 ab. Es ist aber praktisch, daß Alle, die sich bis dahin melden, erst am dem Tage zu steuern anfangen. (Die Discussion ist geschlossen. Bei der Abstimmung ergiebt sich eine Majorität für den Vorschlag, das Alter auf 50 Jahre festzusetzen.)

Vorsitzender. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung: „Berathung über die Lehrlingsfrage“, kommt nun zur Discussion. Hierzu gehören folgende drei Anträge:

Antrag vom Zweigverein Dödenburg:

„Der Vorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes macht die Zweigvereine darauf aufmerksam, daß bloß solche Buchdrucker in unsern Verband aufgenommen werden, welche eine ordnungsmäßige Lehrzeit überstanden haben. Infolge dessen sind auch Diejenigen ausgeschlossen, welche an einem Orte, wo Buchdruckerien bestehen, in einem Geschäft lernen, dessen Besitzer oder Stellvertreter Geschäftsführer keinem der Vereine angehört.“

Antrag von Joseph Wolff in Leipzig:

„Der zweite Deutsche Buchdruckerstag wolle beschließen, daß auf Kosten des Verbandes eine Broschüre gedruckt werde, welche in erschöpfender und unparteiischer Weise die großen Schäden des herrschenden Lehrlingswesens unsers Standes behandelt. Diese Broschüre, für Vektoren und Erzieher besonders empfehlenswerth, ist an alle Collegenkreise des Verbandes nach Maßgabe der Bewilligung in ausreichender Weise unentgeltlich zu versenden und übernehmen die betreffenden Collegenkreise nur die Verpflichtung, auf ihre Köpfe zeitweise das große Publicum in den dazu geeigneten Blättern des Ortes und der Umgegend auf die unentgeltliche Empfangnahme der Broschüre zu verweisen.“

Antrag von Vooft, Straßburg:

„Der Buchdruckerstag wolle beschließen: Von einem näher festzusetzenden Termin ab wird jedem in sogenannten Buchdruckfabriken Ausgelernten die Aufnahme in allen Kassen und allen Vereinen verweigert; die betreffenden Principale werden von diesem Beschluß in Kenntniß gesetzt und auch für möglichste Verbreitung desselben unter dem Publicum Sorge getragen. Die Zahl der Lehrlinge wird durch die Größe des Geschäfts bedingt.“

Herr Herrmann (als Referent). In dem heutigen Lehrlingswesen oder Unwesen unserer Branche liegt unbestreitbar die Hauptursache unserer gedrückten Lage, der technischen Unfähigkeit einer beträchtlichen Anzahl Mitglieder unsers Standes und der geringen Erkenntnisfähigkeit unter ihnen für unsere Interessen. Es bewirkt das massenhafte, über den Bedarf hinausgehende Angebot von Arbeitskraft. Da aber das Lehrlingswesen ein Glied in der Kette der socialen Zustände ist, wird eine Lösung dieser Frage in selbstständiger specieller Weise eben so wenig erreicht werden, wie die Lösung der Lohnfrage und anderer Theile der socialen Verhältnisse. Das einzige Mittel zur Lösung liegt nach meiner Meinung in der Productivgenossenschaft. In allen Branchen ist Ueberfluß an Arbeitskraft vorhanden. Suchen wir durch irgend ein Mittel diesem Ueberfluß in unserm Kreise zu steuern, so werden die anderen Arbeiterklassen dasselbe thun und wir sind auf dem alten Fied. Dieses Uebel ist nur in unserm Stande vielleicht am Ausgebretetsten; dazu kommt, daß ein großer Theil der Arbeitskräfte durch mangelnde Befähigung und mangelhafte Auszubildung während der Lehrzeit den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügt und dadurch noch mehr zur Entwerthung der Arbeit beiträgt, indem viele Leute um jeden Preis arbeiten, nur um die Existenz zu fristen, und zugleich durch ihre Pessimismuslosigkeit an unseren Bestrebungen jede Verbesserung erschweren. Zur Beseitigung dieses Uebels liegen drei Anträge vor. Nach meiner Ansicht ist der richtigste und allein erfolgreiche der von Wolff. Die beiden anderen dürften, wenn sie wirklich ausführbar sind, nur neue Uebelstände schaffen. Der Dödenburger und der Antrag von Vooft sind identisch mit der einzigen Ausnahme, daß der letztere festsetzt: „Die Zahl der Lehrlinge wird durch die Größe des Geschäfts bedingt.“ Beide verlangen, daß alle Gehilfen, welche in Druckereien, deren Principale nicht dem Verbands angehören, oder in Buchdruckfabriken gelernt haben, von allen Kassen und Vereinen ausgeschlossen werden. Wir haben aber kein Mittel, die Principale zu

zwingen, dem Verbands beizutreten. Dem Dödenburger Anträge würde vielleicht genügt, wenn die Principale für ihre Lehrlinge einen Beitrag zu den Kassen des Verbandes zahlen müßten, um ihnen die bedingungslose Aufnahme zu sichern, wie das schon im Wolff'schen Entwurf zum Invalidentassen-Statut vorgesehen ist; aber nimmermehr können wir Diejenigen, die in Druckereien, deren Principale nicht dem Verbands angehören, oder in einer Buchdruckfabrik gelernt haben, ausschließen, wir würden dadurch die Unschuldigen statt der Schuldigen strafen. Wir würden auch nicht ermöglichen können, daß dieser Beschluß fortwährend unter dem Publicum bekannt ist. Ferner würden wir uns dadurch eine Anzahl feindschaftliche Elemente schaffen, die, weil sie von unserer Gemeinschaft ausgeschlossen sind, sich unseren Bestrebungen entgegenstellen, während umgekehrt vielleicht die meisten davon die thätigsten Collegen würden. Der Vooft'sche Antrag bedingt die Beschränkung der Lehrlingszahl. Das ist unter der Gewerfreiheit unmöglich. Selbst die 48er Mainzer Beschlüsse sind in den meisten Orten niemals zur Ausführung gekommen. Das, was dazu dienen würde: eine gemischte Commission zur Prüfung der aufzunehmenden Lehrlinge, die Einführung eines Einschreibegeldes und der Wegfall des Kofgeldes, liegt zumeist an dem guten Willen der Principale, die aber von ihren eigenen Interessen beeinflusst sind, und würden unsere Bestrebungen in dieser Beziehung wenig Erfolg haben. Dagegen empfehle ich den Antrag Wolff's. Wenn wir eine Broschüre herausgeben, die eine Beleuchtung unserer Verhältnisse nach allen Seiten hin giebt, so läßt sich eher ein Erfolg versprechen. In Dresden haben wir eine solche Broschüre schon vor Jahren erlassen, und das Verhältniß der Lehrlinge zu den Gehilfen ist jetzt ein geringeres, wie damals. Ich glaube, auf diese Weise wird sich etwas thun lassen.

Vorsitzender. Von Herrn Achenbach ist folgender Antrag eingegangen:

„Das Präsidium wird beauftragt, ein Regulativ über das Lehrlingswesen auszuarbeiten und dasselbe dem nächsten Buchdruckerstag zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Dieser Antrag ist genügend unterfüßt.

Herr Smalian. Ich empfehle den eben eingereichten Antrag auch. Die beiden Anträge von Dödenburg und Straßburg hat der Referent verworfen, weil sie unpraktisch sind, aber auch der dritte scheint mir nicht das zu erreichen, was sich Herr Herrmann davon verspricht. Unsere Gegner haben die Presse und die Zeitungen in der Hand und werden gewiß sagen: die Buchdrucker wollen sich ihren Verdienst nicht schädigen lassen. Dieser Einwand ist schon gemacht. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß ein Theil des Zustromens zu unserm Geschäft von den Collegen hervorgerufen wird, die ihren Verdienst höher angeben, als er wirklich ist. Geschieht das nicht mehr, dann werden wir auch weniger Lehrlinge haben. Ferner kommt ein Theil der Lehrlinge von kleinen Städten und Dörfern, während eine Broschüre auf die größeren Städte sich beschränken würde, wo man über unsere Verhältnisse längt im Klaren ist. Nehmen Sie deshalb den Erlaß einer Broschüre ab, aber nehmen Sie den Antrag Achenbach's an.

Herr Brunert. Um das eben Gesagte zu bestätigen, führe ich einen Fall aus Cöln an. Wir verfaßten einen Maueranschlag, worin die Schäden des Lehrlingswesens aufgedeckt waren. Als die Leute aber fanden, daß ein Buchdrucker immer noch mehr wie 3 oder 4 Thlr. die Woche verdient, ließen eine Menge vom Dorfe ihre Kinder sofort Schrifsetzer werden. Der Antrag von Vooft ist meiner Ueberzeugung nach eingreifender, wenn er auch einigen Modificationen unterworfen werden muß. Es wäre wirksamer, wenn man die betreffenden Lehrlinge selbst darauf aufmerksam machte, aber auch die Principale, damit keine Härte gegen die Collegen entsteht. Der Wolff'sche Antrag überlegt sich schon durch das angeführte Beispiel.

Herr Achenbach. Zudem ich meinen Antrag stellte, dachte ich nicht an die Verwerfung des Wolff'schen Antrages, den ich auch für nützlich halte. Bei meinem Antrage hatte ich das am 21. Juli 1867 in Bern vorgelegte Lehrlingsregulativ der Schweizerischen Typographia vor Augen. Dasselbe ist in den meisten Orten anerkannt. Unser Vorstand soll nun ähnliche Bestimmungen treffen und dieselben dem nächsten Buchdruckerstage zur Genehmigung vorlegen.

Herr Bärkel. Ich bin der Meinung, daß es hauptsächlich darauf ankommt, sich mit den Principalen in Verbindung zu setzen, und hiesse deshalb der Antrag: „Der zweite deutsche Buchdruckerstag wolle beschließen: das Präsidium des Verbandes stellt gewisse Satzungen auf, das Lehrlingswesen betreffend, welche den resp. Localvereinen zur Berathung unterbreitet werden, und darnach treten die Vereine mit den Principalen in Verbindung, um diese Satzungen zur Durchführung zu bringen.“

Herr Gerzon. In der Lehrlingsangelegenheit werden unsere Bemühungen am leichtesten scheitern, wir müssen deshalb sehr vorsichtig zu Werke gehen. Ich bin für den Antrag Achenbach's, der diese Angelegenheit bis zum nächsten Buchdruckerstage verschoben wissen will. Die Lösung der Lehrlingsfrage liegt nach meiner Ansicht vor Allem in der Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages von Staatswegen auf vielleicht 10 Stunden, dann würden alle Gehilfen beschäftigt werden können, und dann müßte der Staat nach bestimmen, daß die Lehrlinge nur 7 oder 8 Stunden beschäftigt werden dürften, ihr Nutzen würde sich dann verringern. Es ist vielfach mit scheelen Augen

gesehen worden, als ein solcher Antrag beim Reichstage eingebracht wurde, man hat sich die Tragweite desselben nicht klar zu machen gewußt. Ich empfehle deshalb, falls wiederum ein solcher Antrag beim Reichstage eingebracht wird, denselben durch eine Petition unsererseits zu unterstützen.

(Herr Achenbach zieht seinen Antrag zu Gunsten des Bärkel'schen Antrags zurück.)

Herr Roy. Wer, wie ich, vier Jahre an einem kleinen Orte das Buchdrucken kennen gelernt hat, kann sich nur für ein energisches Vorgehen erklären. Ich stimme deshalb dem Straßburger Antrage bei, halte ihn aber noch nicht für genügend, sondern möchte auch noch den Verbandsmitgliedern verbieten, in solchen Buchdruckfabriken zu arbeiten.

Herr Pfan. Es giebt in dieser Frage nur einen directen und einen indirecten Weg. Der directe Weg, den Principale die Zahl der Lehrlinge vorzuschreiben, ist der beste; ob er aber durchzuführen ist, ist eine andere Frage; unser Verband ist dazu noch nicht kräftig genug. Ich halte deshalb den Wolff'schen Antrag für zweckmäßiger. Was die Dresdener gethan haben, haben wir in Leipzig auch gemacht, und sind infolge dessen manche Lehrlingsangebote zurückgenommen worden.

Herr Haberkorn. Mir scheint der Antrag von Wolff auch der beste, weil der zunächst praktischste, für durchgreifend halte ich ihn aber noch nicht. Der nächstliegende scheint mir der Bärkel'sche Antrag. Ich werde für beide stimmen. Zum Wolff'schen Antrag bemerke ich, daß die Broschüre namentlich in kleinen Städten und auf den Dörfern verbreitet werden muß.

Herr Gerzon. Eine Annonce würde für die Leute auf dem Lande mehr Wirkung haben, eine Broschüre lesen sie nicht.

Herr Bärkel. Ich halte es für das Zweckmäßigste, wenn wir uns mit den Principalen direct in Verbindung setzen. Broschüren kommen nicht so unter das Publicum, wie wir es wünschen, und so geht die Zeit bis zum nächsten Buchdruckerstage verloren, während welcher immer neue Lehrlinge eingestellt werden, die unsere Lage immer mehr schädigen. Darum bin ich für energische Mittel. (Ein Schlussantrag wird angenommen.)

Herr Nathanson. Ich bin gegen den Antrag von Vooft, weil wir an vielen Orten noch Zwangsstellen haben. Gegen den Vorschlag des Herrn Roy bin ich ebenfalls, denn wenn die Principale keine Gehilfen mehr bekommen, nehmen sie nur noch mehr Lehrlinge an. Ich schließe mich aber dem Bärkel'schen und dem Wolff'schen Antrage an, und möchte für den Fall der Annahme des letztern auf einen Punkt besondere Rücksicht zu nehmen bitten. Es muß den Leuten die Meinung genommen werden, unser Geschäft wäre ein leichtes, namentlich muß die Statistik benutzt werden; in Berlin stellt die Generation bis zum 25ten Lebensjahre das Hauptcontingent der Sterbefälle, in anderen Städten ist es wahrscheinlich ebenso.

Herr Gerzon. Das Durchschnittsalter der Schrifsetzer ist nach der Statistik in Deutschland 42, in Frankreich 36 Jahre.

Vorsitzender. Es liegen zwei Anträge zur Abstimmung vor, der von Wolff und der von Bärkel.

Herr Schulz. Wird nicht über den Dödenburger und den Vooft'schen Antrag abgestimmt? Sie sind doch rechtzeitig eingereicht?

Vorsitzender. Die verschiedenen Anträge sind einem Referenten übergeben und die Versammlung kann diejenigen, die der Referent nicht für gut findet, aufnehmen, sonst fallen sie fort. Wir haben sonach nur zwei Anträge.

Herr Achenbach. Ich bin der Ansicht, daß wir sowohl den Wolff'schen wie den Bärkel'schen Antrag acceptiren können, da beide nicht concurriren.

Herr Haberkorn. Ich möchte noch Einiges aus dem Vooft'schen Antrage, was zu gebrauchen ist, zu dem meinigen machen, und bitte deshalb alle Anträge zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender. Die Debatte ist geschlossen und außer dem Wolff'schen und Bärkel'schen Antrage kein weiterer Antrag gestellt. Auch ist es selbstverständlich, daß beide Anträge angenommen werden können.

(Bei der Abstimmung wird der Wolff'sche und der Bärkel'sche Antrag angenommen.)

Der Vorsitzende verliest ein Telegramm aus Gotha und dann ein Schreiben der Mitglieder der Rühn'schen Officin in Berlin, in dem dieselben bitten, in Betreff der Sonntagсарbeit einen Beschluß zu fassen, der nur für die Abschaffung der permanenten Sonntagсарbeit sich ausspricht, da der gestrige Beschluß mit nur einer Stimme Majorität gefaßt ist.

Herr Hecht (Berlin). Ich habe in dem Augenblicke als ich meine Stimme abgab, nicht so recht gewußt, daß das Wort „regelmäßige“ in dem Beschluß steht. Denn daß der Verband nicht alle und jede Sonntagсарbeit abschaffen kann, liegt mir so klar vor wie jeden Abend.

Herr Penz beantragt, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Hornberg. Ich bin mit den größten Erwartungen zu diesem Buchdruckerstage hergegangen und habe mich bis zu dem Augenblicke, wo der Beschluß bezüglich der Sonntagсарbeit gefaßt wurde, geirrt, aber seitdem habe ich allen Muth und alle Hoffnung auf Durchführung der Verbandsbestrebungen verloren. Nach welcher Ueberzeugung hat sich bei mir die Ueberzeugung festgesetzt, daß, wenn der gestrige Beschluß strikte durchgeführt werden soll, der Verband dadurch in Frage gestellt wird

Es ist nicht zu erwarten, daß alle und jede Sonntagsarbeit aufhöre. In Berlin tagen z. B. im Laufe des Jahres drei gesetzgebende Körper, die häufig Druckerarbeiten haben, welche während des Sonntags gemacht werden müssen. Nehmen Sie ferner Kriegsereignisse an. Nehmen Sie an, daß in Paris Sonntags eine Revolution entsteht und die Zeitungen müßten am Sonntag durch ein Extrablatt diese Nachricht bringen, aber kein Buchdrucker wollte arbeiten. Wenn dieser Beschluß unter allen Umständen durchgeführt werden soll, werden eine Menge Unterstüßungsgegenstände an die Verbandskasse einfließen. Es ist allerdings mißlich, nachträglich für ein Einschleichen zu sprechen, aber richten Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die gesetzgebenden Körper und Sie werden finden, daß wir nicht allein daselbst; und selbst wenn dies der Fall wäre, steht dann die Blamage, von der gesprochen ist, im Verhältnis zu den anderen Umständen? Nehmen Sie auf der einen Seite die totale Schwächung des Verbandes und auf der andern Seite die Blamage. Ich bitte, diese Angelegenheit noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen und dafür zu stimmen, daß das Wort „regelmäßige“ noch eingeschaltet wird.

Vorsitzender. Wir haben erst über den Antrag des Herrn Penz auf Uebergang zur Tagesordnung abgestimmt. (Der Antrag wird abgelehnt.) Für diesen Fall haben die Herren Hornberg, Nathanson, Gerard, Schmidt und Werner den Antrag gestellt:

„Der zweite deutsche Buchdruckerstag wolle beschließen: Bei dem heftigen Abkühlung der Sonntagsarbeit gefaßten Beschluß das Wort „regelmäßige“ vor dem Worte „Sonntagsarbeit“ einzuschalten.“

Herr Nathanson. Ich komme speziell auf die Gründe zurück, die das Schreiben der Köhler'schen Kollegen veranlaßt haben. Deren Principal hat bereits sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, er will die Eigentümern der bei ihm gedruckten Zeitungen veranlassen, die Sonntagsnummern einlegen zu lassen, sobald die strikte Erklärung gegeben wird, daß nie Sonntags in Zeitungen gearbeitet wird. Diese Gründe haben die Petition veranlaßt.

Herr Smalian. Ich wollte gestern die Debatte auf heute verlagern, um nichts zu beschließen, worüber wir nachher die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen würden; es wurde mir entgegengesetzt, daß wir uns dadurch ein Armutsszeugnis ausstellen. Sobald einer der Herren jetzt anders stimmt als gestern, dann hat er gestern nicht gekonnt, was er that, und das soll kein Deputierter. Wendet sich das Stimmverhältnis nur um eine Stimme, dann stellen Sie dem ganzen Buchdruckerstage ein Armutsszeugnis aus. Ich bleibe bei meiner Abstimmung; haben Sie den Muth zu einer Correctur, so habe ich nichts dagegen, protestire aber von vornherein gegen jedes Verfahren, das dahin geht. Mit Herrn Hornberg werde ich im Verein weiter darüber sprechen; gegen den Krüger'schen Antrag hat er sich auf alle mögliche Weise gestimmt, und dieser Petition aus einer Officin, in der drei Montagzeitungen erscheinen, kommt er so bereitwillig entgegen. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Ich verlange, daß der Antrag abgewiesen wird.

Herr Nathanson. Herr Smalian hält es für unwürdig, heute anders abzustimmen als gestern. Ich halte es nicht für unwürdig, wenn ich gestern anders abgestimmt hätte, zu erklären, daß dies nicht nach voller Ueberzeugung geschehen ist. Herr Hecht hat schon erklärt, daß auch er gegen den Antrag hätte stimmen müssen. Was die Kollegen der Köhler'schen Officin anlangt, so sind dies Kollegen, die für unsere Sache gern eintreten und den Verband möglich zu machen suchen.

Herr Haberkorn. Ist ein Fehler gemacht worden, so müssen wir ihn verbessern. Ich glaube aber nicht, daß wir einen Fehler gemacht haben, denn alle Redner haben ausdrücklich betont, daß Ausnahmen vorkommen können. Ein unbedingter Ausschluß aller Sonntagsarbeit liegt nach meiner Ueberzeugung nicht in dem Beschluß; wir haben auch keine andere Macht, diesen Beschluß durchzuführen, als eine moralische. Meine Abstimmung kann ich nicht zurücknehmen, aber ich erkläre mich dafür, daß Seber, der sich gekündigt zu haben glaubt, noch jetzt Zeit hat, sich für das Gegentheil auszusprechen.

Herr Birkel. Ich möchte Herrn Richter fragen, ob es richtig ist, daß er vorher gegen die Sonntagsarbeit gesprochen und schließlich doch mit Ja gestimmt hat? Es ist dies von Wichtigkeit, da in dem Schreiben betont wird, daß der Beschluß mit nur einer Stimme Majorität gefaßt sei.

Herr Richter. Ich habe den Fall angeführt, daß in der größten Zeitung Magdeburgs des Sonntags aufgeräumt wird. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich der Sonntagsarbeit nicht das Wort rede und habe mit Ja gestimmt, weil ich nicht im Auge behalten, daß das Wort „regelmäßige“ in dem Antrage schließe.

Herr Werner. Haben wir uns in der umfangreichen Debatte durch die vielen Anträge verwirren lassen, so ist das noch kein Schaden, denn fast alle Redner haben für die Aufhebung der regelmäßigen Sonntagsarbeit gesprochen. Selbst Herr Smalian gab zu, daß es Ausnahmen geben könne. Dieser Beschluß ist ungeheuer wichtig und ich halte es deswegen für wünschenswerth, daß nicht eine Stimme Majorität die Sache entscheidet. Andern wir durch eine Kleinigkeit die Worte, nicht den Ausdruck, dann haben wir eine $\frac{2}{3}$ - oder $\frac{3}{4}$ -Majorität und der Beschluß hat eine größere moralische Kraft, auf die allein ich rechne, denn Executivmittel haben wir noch nicht.

Herr Hornberg. Herrn Smalian bemerke ich, daß über eine Statuten-Entwurfs-Änderung auch zweimal abgestimmt wurde und beim zweiten Male das Resultat ein anderes war. Ist es eine Schmach, heute anders zu stimmen wie gestern, dann haben wir uns hierbei ebenso blamirt.

(Ein Schlußantrag wird angenommen.) Herr Ganguin. Die fünf Unterschriften des Hornberg'schen Antrags sind nicht in dieser Minute gesammelt, sondern die Sache ist von den einzelnen Antragstellern besprochen worden, noch ehe der Protest der Köhler'schen Kollegen zur Verhandlung kam. Ich glaube nicht, daß es ungesetzlich und unparlamentarisch ist, zu einem gestern geschaffenen Gesetze heute einen Zusatz zu beschließen. Auch Herr Smalian, glaube ich, hat sich gestern geirrt. Er unterbreitete seiner Rede einen Artikel der „Zukunft“, in dem hervorgehoben wurde, daß im Ausnahmefall ein vernünftiger Seher sich nicht weigern würde, auch Sonntags zu arbeiten. Unterbreitet Jemand seiner Rede einen solchen Artikel und nimmt einen Antrag im entgegen-gesetzten Sinne an, dann ist nur ein Irrthum möglich.

Herr Kreuzer. Ich bedauere den Einwand, daß bei der Abstimmung der Passus nicht verstanden worden wäre. Derselbe ist unmittelbar vor der Abstimmung verlesen worden und keineswegs so complicirt.

Herr Smalian. Wenn in irgend einem Staatsleben ein Gesetz gegeben wird, so gilt das nur für normale Zustände; in außergewöhnlichen Verhältnissen gilt kein Gesetz, kein Beschluß. Es ist ein außergewöhnlicher Zustand, wenn ein gesetzgebender Körper nach dem andern tagt. Ich will Ihnen aber die Gefahren vorführen, die durch das Wort „regelmäßig“ eintreten. Wenn unsere bedeutendsten Officinen die Arbeit vielleicht vierzehn, fünfzehn Sonntage ausfallen, aber an den übrigen arbeiten lassen, so wird das als nicht regelmäßige Sonntagsarbeit interpretirt werden, und um solche Interpretationen unmöglich zu machen, habe ich gestern mit Bewußtsein für den Antrag gestimmt.

Herr Brunert. Auch ich habe dem Antrage mit Bewußtsein zugestimmt. Es ist dadurch doch bloß der allgemeine Grundsatz aufgestellt; Ausnahmen sind immer möglich.

Herr Achenbach. Ich sehe keine Blamage darin, wenn wir heute einen Zusatz zu dem gestrigen Beschluß fassen. In gesetzgebenden Körpern wird ein Gesetz in erster Lesung auch angenommen und in zweiter Lesung verworfen.

Herr Smalian. Das eben Gesagte wäre zutreffend, wenn wir zwei oder drei Lesungen über jeden Antrag hätten. Das ist aber nicht der Fall.

Herr Nathanson. Ich will die Abstimmung nicht beeinflussen, aber ich constatire, daß nach den heutigen Erklärungen der Herren Hecht und Richter der gestrige Beschluß nicht die Majorität hatte. Wir könnten denselben nur mit der Motivirung in Ausführung bringen: weil die Herren im Irrthum waren.

Herr Haberkorn. Ich für meine Person war mir bei der Abstimmung vollkommen klar, aber bequeme mich gern, zur Deutlichmachung das Wort „regelmäßige“ in den Beschluß aufzunehmen.

Vorsitzender. Die Discussion ist geschlossen. Die Abstimmung hat 27 Stimmen für und 16 Stimmen gegen den Antrag ergeben, somit wird das Wort „regelmäßige“ vor „Sonntagsarbeit“ eingeschaltet.

(Die Herren Haberkorn, Achenbach, Hanse, Herrmann und Feldmann stimmen mit Ja unter Zusage des Motivs: „Um Mißverständnisse vorzubeugen, als wollten wir alle Sonntagsarbeit abschaffen.“)

Vorsitzender. Fernerer Gegenstand der Verathung ist der bereits angekündigte Protest der Kollegen zu Oberhausen. Der Gypsbrief ist eingegangen und sollen darnach die Deputirten für Eberfeld-Barmen nicht als gewählt angesehen werden, weil in Eberfeld die Wahl nicht durch geheime Abstimmung stattgefunden hat. — Aus der mir schon nach Leipzig eingeschickten Abstimmung ergibt sich, daß, wenn man wirklich die Eberfelder Stimmen, 68 für Gottrand und 75 für Birkel, abzieht, dem Gegen-candidaten immer noch etwa 20 Stimmen an der Majorität fehlen. Der Protest ist dadurch gewissermaßen erledigt.

Herr Gottrand. Von einem Beschluß wegen geheimer Abstimmung weiß ich nichts. In Essen ist auch nicht mit geheimer Abstimmung, sondern durch Acclamation gewählt worden.

Herr Birkel. Ich wurde als Vorsitzender des Eberfeld-Barmen Unterverbandes von Herrn Gottrand, dem Vorsitzenden des Niederrheinischen Verbandes, erjucht, die Wahl so schnell als möglich vollziehen zu lassen, und da der Termin nur kurz war, ließ ich durch Circular wählen und theilte das Resultat Herrn Gottrand mit. Auf Vorschlag des Vorstandes ist in Essen sogar mit Acclamation gewählt.

Vorsitzender. Die Discussion ist geschlossen. Die Versammlung erkennt die Wahl der Herren Gottrand und Birkel einstimmig für gültig an.

Der in einem Erlanger Briefe befindliche Antrag: „Der aus 750 Gulden bestehende Ueberschuß der Erlanger Unterstützungs-Gelder wird als Fonds für künftige etwaige ähnliche Eventualitäten betrachtet“, ist zur Debatte gestellt.

Herr Smalian. Ich schlage vor, dieses Geld der Verbandskasse zu überweisen, weil alle Unterstützungen von da aus erfolgen.

Herr Werner erklärt sich damit einverstanden.

Herr Brunert. Es sind in Erlangen auch Gelder von Nichtverbandsmitgliedern eingegangen. Ich weiß nicht, ob dieser Vorschlag nicht angefochten werden wird. (Die Discussion wird geschlossen und der Antrag: „die Gelder der Verbandskasse zu überweisen“, gegen 2 Stimmen angenommen.)

Darauf genehmigt die Versammlung ohne Debatte das Verfahren des bisherigen Präsidenten des Verbandes, der den Döbener Zweigverein beauftragte, den Vorsitzenden des Döbener Vereins zu unterstützen, weil derselbe durch die dortige Bewegung seine Stelle verloren hat.

Zu einer Interpellation erhält das Wort Herr Rosenthal. Wenn die Vaticumsfrage auch nicht auf unserer Tagesordnung steht, so sehe ich mich doch veranlaßt, den Antrag zu stellen:

„Die Bekanntmachung der ständigen Commission vom 1. Januar, die Auszahlung des Vaticums betreffend, hat vom 1. Juli 1868 definitiv in Wirksamkeit zu treten.“

Die Motive sind folgende. Dieser Beschluß ist von der ständigen Commission gefaßt und auch bekannt gemacht, aber gerade die größeren Städte, besonders Berlin und Leipzig, sind ihm noch nicht nachgekommen. Das hat in kleineren Städten, auch bei uns in Augsburg, viele Hätheisen verursacht. Wie soll es werden, wenn der Verband Beschlüsse faßt und gerade die hervorragenden Städte führen dieselben nicht an? In den kleineren Städten beruft man sich darauf.

Herr Hecht (Leipzig). Herr Rosenthal hat sich auf Leipzig bezogen, weiß aber wahrscheinlich nicht, was für Mühe wir mit diesem Punkte in Leipzig schon gehabt haben. Wir müssen fassenweise vorgehen. Der Termin des 1. Juli scheint mir zu kurz gegriffen; ich beantrage, den 1. Januar 1869 zu setzen.

Herr Nathanson. In Berlin sind die Kassenvhältnisse dieselben wie in Leipzig. Wir haben bei der großen Kasse beantragt, vom 1. Juli an kein Vaticum mehr zu zahlen, und wenn dieser Antrag Beschluß wird, ist es Sache des Vereines, nur an Verbandsmitglieder Vaticum zu zahlen.

Herr Gerson. Hamburg hat sich nach dem Beschluß der ständigen Commission verpflichtet gefühlt, nur an Verbandsmitglieder Vaticum zu zahlen.

Vorsitzender. Die Auszahlung des Vaticums nur an Verbandsmitglieder hatte schon vom 1. Januar d. J. an zu geschehen. Sehen wir einen spätern Termin, so schieben wir die Sache ohne Noth hinaus. Wenn einzelne Orte diesem Beschluß noch nicht nachgekommen sind, so hat das auf das Ganze keinen Einfluß. Wir sind noch immer in der Entwicklung begriffen und müssen schon aus diesem Grunde einzelnen sich uns entgegen stellenden Schwierigkeiten Rechnung tragen. Die wenigen Orte, die ihrer Verpflichtung bis jetzt noch nicht nachgekommen, werden sehr bald zu der Einsicht gelangen, daß dies zu ihrem eigenen Schaden geschehen ist. Lassen wir daher den Termin (1. Januar 1868) bestehen und betrachten die bezeichneten Orte in dieser Beziehung als unsere Schuldner. Ich glaube, das dürfte ein Sporn mehr für dieselben sein, ihren Verpflichtungen baldmöglichst nachzukommen. — Betrachtet die Versammlung den Antrag des Herrn Rosenthal jetzt für erledigt? — Das ist der Fall.

Herr Rosenthal ersucht, durch den „Corr.“ wenigstens die Städte bekannt zu machen, die dem Beschluß der ständigen Commission nachgekommen sind.

Der Vorsitzende genügt diesem Wunsch vorerst durch Verlesung der betreffenden Städte. Es sind gegen 150, die davon Anzeige gemacht haben.

Herr Birkel hat folgenden Antrag eingereicht: „Sämmtliche Verbandsmitglieder sind verpflichtet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der 3-Sgr.-Tarif, event. 6 Thlr. gewisses Geld bei 10stündiger Arbeitszeit, im ganzen Umfange des Deutschen Buchdruckerverbandes eingeführt wird.“

Herr Gerson. Wir können auf diesen Antrag nicht eingehen. Er hätte auf der Tagesordnung stehen müssen, damit wir uns in unseren Localvereinen informieren konnten. Lehnen Sie denselben ab.

(Der Antrag wird ohne weitere Debatte abgelehnt.) Auf Antrag des Vorsitzenden im Verein mit Herrn Gerson wird Ersterer für die Zeit seiner Amtsführung, nachdem die Herren Gerson und Nathanson dies bestritten, 1 Thaler pro Woche nachverwilligt.

Eine eingereichte Frage: „Wie steht es mit einer allgemein gültigen Verbandslegitimation?“ beantwortet der Vorsitzende dahin, daß als Legitimation ein Buch dienen soll, dessen Einrichtung der ständigen Commission überlassen werden muß.

Herr Wolff schlägt vor, der ständigen Commission auch die Redaction der heutigen Beschlüsse resp. Statuten zu überlassen, da keine zweite Lesung mehr möglich sei. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr Ganguin giebt noch einen Nachtrag zu seinem Rechenschaftsbericht: Die Reichthümer der Delegirten haben ca. 440 Thlr. betragen, jedoch noch 230 Thlr. in der Kasse sind, wozu die Beiträge kommen, welche einzelne Delegirte mitgebracht haben, die er aber nicht mehr anzunehmen im Stande gewesen sei.

Herr Hecht (Leipzig). Was soll mit dem Gelde geschehen, das der bisherige Reudant nicht annimmt? Die Geschäfte können doch nicht liegen bleiben?

Herr Ganguin. Hätte ich das Geld am Sonntageabend noch angenommen, dann hätte ich den Rechenschaftsbericht

zum Sonntag nicht fertig machen können. Das Geld sollte dem nächsten Rendanten übergeben werden, der, wie ich glaube, hier gewählt werden würde. Wenn sie mich versichert, das Geld anzunehmen, so ist das eine andere Sache.

Herr Gerson. Wir haben beschlossen, dem Rendanten eine Entschädigung zu gewähren, und es ist selbstverständlich, daß, so lange Herr Ganguin die Geschäfte führt, er auch die Entschädigung bezieht.

(Die Discussion ist geschlossen.)

Die Versammlung schreitet zur Wahl des Verbandspräsidenten und erklärt sich auf den Vorschlag des Vorsitzenden damit einverstanden, daß der Sitz des Verbandes am Wohnort des Präsidenten sein soll. Die Versammlung des 42 abgegebenen Stimmen fallen auf Herrn Härtel, der die Wahl dankend annimmt. Der Vorsitzende, Herr Härtel, wie der Kassirer der ständigen Commission, Herr Ganguin, waren nach Beschluß der Commission nicht stimmberechtigt. Der Sitz des Verbandes ist dadurch Leipzig geworden. — Darauf wird die ständige Commission gewählt. Vorgefchlagen werden die Herren Wolff, Ugenbach, Herrmann, Smalian, Schulz, Gerson, Benz, Hanse und Klumpp. Stimmen ergalgen: Herr Ugenbach 36, Smalian 35, Gerson 34, Wolff 32, Klumpp 14, Conradt 7. Die beiden letzten Stimmen zur engen Wahl, Herr Conradt verzieht aber und Herr Klumpp wird durch Acclamation gewählt. — Dann folgt die Wahl der 5 Ersatzmänner der ständigen Commission. Vorgefchlagen werden die Herren Benz, Gottrand, Rosenthal, Werner, Herrmann, Hanse. Stimmen erhalten: Herr Werner 38, Benz 33, Gottrand 26, Herrmann 24, Rosenthal 24. Herr Herrmann tritt mit Bewilligung der Versammlung die auf ihn gefallene Wahl an Herrn Schmidt (Frankfurt) ab.

Bei der jetzt folgenden Wahl des Ortes zur Abhaltung des nächsten Buchdruckerfestes werden Frankfurt a. M., Hamburg und Dresden vorgeschlagen. Der Vertreter Frankfurts hält es für vortheilhaft, wenn die Wahl auf Frankfurt fiele. Auch der Vertreter des Württembergischen Verbandes, Herr Klumpp, spricht den Wunsch aus, den nächsten Buchdruckerfest mehr im Süden abzuhalten. Bei der Abstimmung wird Frankfurt a. M. mit 40 gegen 2 Stimmen gewählt.

Herr Schulz stellt den Antrag, den nächsten Buchdruckerfest nicht an Festtagen abzuhalten, weil zu anderer Zeit ein Local leichter beschafft werden könne. Die Herren Herrmann und Meyer sprechen dagegen, weil die Abhaltung der Deputirten dann eine größere sei, und Herr Schulz zieht seinen Antrag zurück.

(Die Tagesordnung ist damit erledigt.)

Zum Schluß ergreift der Vorsitzende das Wort: Ich danke Ihnen hauptsächlich für den guten Act, den Sie während der haupt Verhandlungen bewiesen haben. Die Beschlüsse, die wir gefaßt, sind alle der Art, daß wir sie, wenn auch nicht gerade ohne Weiteres, so doch bestimmt zur Ausführung bringen können, und das scheint mir in der heutigen Versammlungszeit, wie ich sie nennen will, ganz wesentlich; es handelt sich bei uns nicht darum, Resolutionen zu fassen, sondern wir fragen uns vorher: Ist das, was wir Annahme vorliegt, auch auszuführen? und ich glaube constatiren zu können, daß es ein wesentliches Streben des Deutschen Buchdruckerverbandes ist, daß er nur an Sachen denkt, die er wirklich ausführen will, und die bloßen Wünsche solange auf die passive Tagesordnung — wenn ich mich so ausdrücken darf — setzt, bis die Zeit der Ausführung gekommen ist. Wenn wir so fortschreiten, kann es selbstverständlich nicht fehlen, daß wir in verhältnißmäßig kurzer Zeit dazu gelangen, eine hervorragende Stelle in der socialen Bewegung einzunehmen, und dazu werden die Herren Delegirten in ihren Bezirken wol nach Kräften beitragen, es ist das wenigstens zu erwarten. Damit schlicke ich den zweiten deutschen Buchdruckerfest.

Die Versammlung spricht auf Vorschlag des Herrn Werner dem Bureau, das die schwierigen Debatten leitete, ihren Dank durch Aufstellen von den Plätzen aus, und dankt in derselben Weise auf Vorschlag des Herrn Pfau dem Berliner Localverein für sein freundliches Entgegenkommen. Schluß 6¹/₂ Uhr.

Rundschau.

Sonntagsarbeit. Als Nachtrag zu unserem Artikel über die Staatsbürgerzeitung in Nr. 19 berichten wir noch, daß dieselbe sich am 27. und 28. April weiter mit dieser Frage beschäftigte, indem sie ausführliche Referate über drei, bereits von uns erwähnte Versammlungen in Sachen der Sonntagsarbeit brachte, wobei wir besonders bemerken wollen, daß der Referent der fraglichen Zeitung in der vom Berliner Buchdruckergehilfen-Verein einberufenen Volksversammlung, trotz heftiger Angriffe auf dieselbe, im Gegensatz zu dem Buchdruckerfest wacker Stand hielt. Am 29. April veröffentlichte dieselbe unter der Ueberschrift „Persöbliche Agitationen“ einen Schmerzschrei wegen der „maßlosen“ Agitationen, die nur in Scene gesetzt sein sollen, um die Staatsbürgerzeitung zu unterdrücken. Am 1. Mai erschiebt unter dem Titel „Privat-Rundgebungen“ ein Gebiet mit einem Citat aus der Bibel: „Und er sprach zu ihnen: Der Sabbath ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbaths willen.“ Dieses Citat ist offenbar zu Gunsten unserer Agitation; die Staatsbürgerzeitung gebraucht es natürlich im entgegengesetzten Sinne. Am

5. Mai wird den Lesern vorgerechnet, daß der Eigentümer der Zeitung jährlich 6780 Thlr. profitiren würde, wenn er die Montagsblätter abschaffe. Trogdem soll dies „im Interesse des Publicums“ nicht geschehen. 4 welche Grobmuth!

Die Berliner Gerichtszeitung (Nr. 44 vom 16. April) sagt: „Der unverheirathete Arbeiter hat gut reden, daß die Sonntagsarbeit nicht erlaubt sei; der verheirathete Arbeiter bittet Gott, daß er ihm auch des Sonntags Arbeit gebe. Für manche jugendlichen Arbeiter ist der Sonntag ein ersehntes Fest der Freude, für manden Familienvater ist er ein verlornes Tag.“ (Hört! Hört!)

Die Evangelische Kirchenzeitung spricht sich für unsere Agitation aus.

Das Märkische Kirchenblatt (Nr. 22 vom 1. Juni 1867): „Nach christlicher Ordnung verlangt schon sogar die Natur des deutschen Herzens, wie sich's im Verlangen nach der Sonntagsfeier ausdrückt. (sic!) Man muß wissen, mit welcher Bosheit der Christenthum eine Zeit hindurch dem Arbeiter die Sonntagsfreiheit verknümmert hat, um es zu verstehen, daß viele Arbeiter in der jetzigen Arbeitslosigkeit eine Strafe sehen für die frühere Muth des Arbeitens ohne Unterlaß, aber ohne alles Gebot — gewissermaßen zum Beweise, daß man ohne Gott und Kirche zum Wohlstand gelange. Der „Correspondent“, als Organ für Buchdruckergehilfen, beirrhete dies Thema wiederholt. Jetzt schreibt er darüber: „Dieses so oft besprochene Thema — Rücktritt auf das Publicum.“ (S. Nr. 19, vor. Jahrg.) Warum geht's aber nicht mit der Sonntagsfeier? Weil man zu keiner Sonntagsheiligung kommt. Gesezte können kein Behitnis nach Vertheil mit Gott schaffen. Ist aber die Heiligung des Sonntags nicht zu erzielen, dann auch keine Sonntagsruhe und keine Sonntagsfeier.“ (Seber nach seinem Geschnadl)

Der Verein der „Berliner Presse“ hat auf Anregung des Herrn Berthold Auerbach beschloffen, bei dem bevorstehenden Journaltage einen Antrag einzubringen, wonach derselbe sich gegen solche Einrichtungen seitens der Tageszeitungen erklären soll, welche eine regelmäßige Sonntagsarbeit bedingen.

Der Journalistentag hat in Sachen der Sonntagsarbeit folgenden Beschluß gefaßt: „Der Journalistentag erklärt es für wünschenswerth, daß die Tagesblätter keine Einrichtungen treffen, welche eine regelmäßige Sonntagsarbeit erfordern.“ Auf die Verhandlungen selbst kommen wir in nächster Nummer zurück.

Arbeiterangelegenheiten. In Berlin trat die Commission des Reichstages für die Gewerbeordnung in die Berathung des Tit. II. „Stehender Gewerbebetrieb“ ein. Zwei principielle Anträge waren eingegangen. Der eine will die Prüfung oder die an Befähigungsnachweis geknüpft Aufnahme in die Zunft zur bundesgesetzlichen Voraussetzung alles Handwerksbetriebes erheben; der andere will es in Betreff der Prüfungen der Meister und Gesellen bei den Landesgesetzen belassen, mit der Maßgabe, daß die nach den einzelnen Landesgesetzen gültig abgelegten Prüfungen zum Handwerksbetriebe im ganzen Bunde ermahligten. Die beiden Anträge wurden mit überwiegender Majorität verworfen. Der § 14 wurde sodann mit zwei Veränderungen angenommen. Eine vorgängige Anzeige der Geschäftsbefähigung ist nicht erforderlich, und die gefchehene Anzeige innerhalbdrei Tagen zu beschleunigen.

Die Angelegenheit der Berliner Cigarrenarbeiter hat ihre Erledigung noch nicht gefunden. Die Gesellensammlungen werden wieder aufgenommen, um diejenigen, welche der betamnten Fabrikordnung wegen die Arbeit einstellen sollten, auch ferner unterstützen zu können.

Aus Wien. (Privatmittheilung.) Bei dem am 10. Mai in Jobel's Bierhalle abgehaltenen 5. Arbeitertage gelangte das von einem früher gewählten Comité ausgearbeitete Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich zur Annahme. Dasselbe wird in verschiedenen Sprachen verbreitet werden. — Der zweite Gegenstand behandelte eine Resolution wegen Einführung des allgemeinen directen und unbeschränkten Wahlrechts und wurde von dem Spengler Herrn Prilshaver folgenderweise motivirt:

- 1) In Erwägung der so gebückten Finanzlage des Staates, welche die baldigste Regelung des Etats notwendig macht;
- 2) In Erwägung der so ungleichen Vertheilung der Steuerlasten auf die Bevölkerung, insbesondere der unverhältnißmäßigen Höhe der indirecten Steuern, welche eine baldige Steuerreform beßens einer gerechten Vertheilung dieser Lasten sehr wünschenswerth macht;
- 3) In Erwägung der dringend herantretenden Forderung der Umgestaltung des stehenden Heeres in ein Volkshöer;
- 4) In Erwägung der erkannten Nothwendigkeit einer Aenderung der gesammten Verwaltung durch Einführung des Selbstregiment;
- 5) In Erwägung der von einer einzelnen Kirche beanspruchten Hoheitsrechte über den Staat und des usurpirten Aufschuttrathes über die Schule, — welches, um alle Constitutionen zu vermeiden, die Einführung voller Glaubensfreiheit und Gründung von religiösen Gemeinden notwendig macht;
- 6) In Erwägung, daß die Lösung der Nationalitätenfrage nur durch Gewährleistung und Aushöbung einer allgemeinen, gleichen, möglichst ausgedehnten, mit dem Staatsverbande zu vereinbarenden Freiheit möglich ist;
- 7) In Erwägung endlich, daß die sociale Frage, sowie die vorgeannten Punkte nur durch die Befreiung sämmtlicher Staatsbürger an der Regierung und Gewährleistung einer nicht bloß illusorischen Freiheit zu einem

betriebigenden Abschluß gelangen kann, stellt der hier versammelte Arbeitertag an die hohe Regierung das Ansuchen: „dieselbe möge dahin wirken, daß das volle unbedingte und weitest Wahlfrecht, actio und passio, sowie direct, jedem Staatsbürger Oesterreichs ohne alle Beschränkung in möglichst kürzester Zeit durch ein dahin einwirkendes Gesetz zugestanden werde.“

Aus der ausführlichen Begründung der einzelnen Absätze mögen einige Stellen hier erwähnt werden. Bei Punkt 1 wird hervorgehoben, daß seit dem Jahre 1782 bis 1868 die Ausgaben die Einnahmen bis zu der respectabeln Summe von 4000 Mill. Gulden überstiegen, und während diesen 86 Jahren nur ein einziges Mal, im Jahre 1817, als die französische Kriegsgeschädigung gezahlt wurde, dieses nicht der Fall war. — Die Erläuterung zu Punkt 2 weist nach, daß im vorigen Jahrhundert das Verwerfliche der indirecten Steuern noch anerkannt wurde. Seit der englischen Erfindung des Nationalwohlstandes verarmte die Bevölkerung mehr und mehr, sich die Massenarmuth mit verführbarer Schnelligkeit in grünllicher Gestalt wie Beelzebub im Höllethal des Kapitals Herrschaftsfrage aus. Vor 86 Jahren zahlte man ⁵/₁₂, jetzt ¹/₃ an indirecten Steuern zum Staats Einkommen, zu dem der schuß- und rechtlose Proletariat erst ¹/₁₀, jetzt ¹/₆ seines Tag- oder Wochenlohnes beiträgt. — Bei Punkt 3 wird gesagt, daß von 4 Steuergulden 1 für das Militair, 1,50 für Zinsen der Schulden und 1,50 für Befreiung der Gesehste, für Schulen, Straßen, Pensionen u. s. w. ausgegeben werden. Stehende Heere seien Waffen des Absolutismus, in freien constitutionellen Staaten aber eine Spielerei, weil sich das Volk selbst am besten beschligt. — Punkt 4 stützt eine demokratische Volkstregierung auf eine freie Gemeinde, die sich selbst verwaltet. — Punkt 5 wird auseinandergesetzt, daß, wenn eine Kirche die Wissenschaft vom Standpunkte des Glaubens zu lehren sich ammaßt, dies das Zeichen sei, daß es dieser Kirche nicht um die Religion und Wissenschaft, sondern um den Einfluß und das Herrscherrecht im Staate zu thun ist. Wir müssen uns daher eben so sehr gegen die dem Staate entzogenen Kirchengüter und Einführung einer sogenannten Staatsreligion als gegen das Aufsichtsrecht der Kirche über die Schule verwalten. Die beste Religion sei die der Menschlichkeit. — Bei Punkt 6 wird hervorgehoben, daß durch die Superiorität bald des einen, bald des andern Volkes im vielsprachigen Oesterreich sich die nationalen Führer hervorbrängen, das Volk sich feindlich gegenüberstand und diese Zwietracht dem Despotismus seinen Halt gab. Seit die Völker das falsche Spiel durchschauen, schaaren sie sich um die Fahne der allgemeinen Menschheit und verlangen gleiches Recht für Alle, ob eines am Seidenpöfster im Palast gebohrt oder in der Hölle auf dem Strohh, ob reich wie Krösus oder arm wie Christus. — Die Erläuterung zu Punkt 7 lautet dahin: Die Lösung der socialen Frage wäre im eigentlichen Sinne auch zugleich die Lösung sämmtlicher, in vorgeannten Punkten angeführten Uebelstände; da man aber vorzugsweise nur die aus dem Gegenstände von arm und reich entspringenden Uebelstände mit dem Titel der socialen Frage belegt, so wurde der genannte Punkt der Terminologie entsprechend aufgenommen. Wir verlangen vom Staate die Siderung des Lebens eines jeden Menschen, keine Kapital-, sondern Freiheit für alle Menschen. Nicht das Geld oder Gebut giebt Verstand, daher kann der Werth des Menschen auch nicht nach der Summe des Geldes taxirt werden. Wer uns vorhält, daß wir zur Ausübung des Wahlrechtes nicht reif genug wären, betriegt sich und uns.

Am 11. Mai überreichte eine Arbeiterdeputation diese Resolution dem Minister des Innern, Dr. Giska, der dieselbe erst zurückweisen wollte, nun aber dem Minister-rath vorlegen wird. Die vorgebrachten Einwendungen, als könne man die Staatsgrundgesetze nicht alle 4 Wochen ändern und es hätten die Reichsvertretung und die Landtage noch niemals sich für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, sind zwar kein gutes Omen für die Erfüllung uners Wunsches, wenn aber das ganze Volk massenhaft dafür agitirt, wird diese Stimme wol gehört werden müssen. Die individuelle Ansicht des Herrn Ministers über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts kann nicht maßgebend sein, sollte aber dennoch diese Ansicht im Ministerrathe die Oberhand erlangen, so wäre dies eben nur ein Beweis, daß unser Ministerium weit hinter dem Geiste der Zeit zurückbleibt und sein baldiges Ende in nicht zu große Ferne gerückt ist.

Zwangskassen. Bezüglich der gewerbl. Zwangskassen nahm der Berliner Arbeiterverein in seiner Versammlung am 4. Mai folgende Resolution an: „In Erwägung, daß die bisher bestehende und in den Entwurf der Bundes-Gewerbeordnung von Neuem aufgenommene Zwangspflicht zum Eintritt in die Gewerks- und Fabrikarbeiter-Kassen das Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters auf das Schwerste verlegt; in Erwägung ferner, daß die meisten der betreffenden Kranken-, Sterbe- und Hilfskassen infolge ihrer Organisation durchaus keine Garantie für ihre Lebensfähigkeit bieten und der Zwang zum Beitritt zu denselben den Arbeiter auch materiell gefährdet — spricht der Berliner Arbeiterverein die Erwägung aus, daß der Reichstag als eine der notwendigsten Verbesserungen des Gewerbeordnungs-Entwurfes die Befreiung jener Zwangspflicht beschließen werde.“

Presse. In Oera hat die Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf, die Presse und die Presseverbe betreffend, vorgelegt, der nichts zu wünschen übrig läßt.

Darnach bedarf es keiner Concession zur Anlegung einer Buchdruckerei, oder zur Herausgabe einer Zeitung. Jede Caution ist abgeschafft, bezuglich die Einreichung von Pflanzern. Beschlagnahmen können nur durch die Kreisgerichte mit Angabe der Gründe verfügt werden. Ist binnen zwei Tagen in der Sache nicht erkannt, so erledigt sich die Beschlagnahme von selbst. In ganz besonderen Fällen ist auch der Polizei die Beschlagnahme gestattet, jedoch ebenfalls mit der erwähnten Einschränkung über die Dauer derselben.

Dr. Max Stich und der Redacteur der Berliner Volkszeitung, Steinitz, wurden zu 30, resp. 15 Thlr. Geldstrafe verurtheilt wegen eines Artikels über den Nothstand in Ostpreußen.

In Paris wollten einige junge Schriftsteller ein philosophisches Blatt herausgeben unter dem Titel: „L'étoile du matin“ (Der Morgenstern), mußten diesen Plan aber fallen lassen, weil sie keinen Drucker fanden, der seine Pressen ihren fortgeschrittenen Ansichten leihen wollte.

Buchdrucker. Nr. 20 des „Vorwärts“ veröffentlichte einen Statuten-Entwurf für den Oesterreichischen Buchdruckerverband, der im Wesentlichen mit dem Statut des Deutschen Verbandes übereinstimmt. Man beabsichtigt noch in diesem Jahre einen Buchdruckerkongress abzuhalten. Wir wünschen selbstverständlich diesem Unternehmen den glücklichsten Erfolg; jedenfalls werden unsere österreichischen Kollegen bedeutend mehr Schwierigkeiten zu überwinden haben, als dies bei uns der Fall ist. — Dieselbe Nummer enthält einen Vortrag des Herrn Dr. Lewy über die Sonntagsarbeit der Buchdrucker, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Herr A. Walbow in Leipzig hat, wie bereits in diesem Blatte angezeigt wurde, eine permanente Ausstellung und Handlung von Maschinen und Utensilien für Buchdrucker eingerichtet, die volle Beachtung verdient. Es sind bereits 251 Nummern vorhanden. Einen wesentlichen Vortheil bietet eine solche Ausstellung insofern, als jede neue Erfindung auf typographischem Gebiete hier den betreffenden Berufsleuten zur Ansicht, resp. Erprobung vorliegt; man kann sich sonach von dem Werthe derselben sofort überzeugen. Wir werden von Zeit zu Zeit auf einzelne Gegenstände dieser Ausstellung aufmerksam machen.

Am 1. Juni hält der Amerikanische Buchdruckerverband seine 16. Jahresversammlung in Washington.

Verschiedenes. Als sich in der freihändlerischen Vereinigung des Zollparlaments um die Petroleumsteuer handelte, rief ein liberaler Abgeordneter seinen konservativen Kollegen zu, sie sollten doch Rücksicht auf die arbeitenden Klassen nehmen und dieses billige Leuchtmaterial nicht gleich wieder durch eine neue Steuer verkleinern. „Was da, arbeitende Klassen“, entgegnete Junter von Webe-meyer, Herr auf Schönbrunn in der Neumark, „der Arbeiter braucht überhaupt kein Licht zu brennen, er soll sich zur Ruhe begeben, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt, damit er früh Morgens wieder mit frischen Kräften antreten kann.“ Das ist ein würdiges Seitenstück zu der vor Kurzem von den Zeitungen gemeldeten Aeußerung eines brandenburgischen Schulinspectors, nach welcher die ländlichen Schüler nicht besser die deutsche Sprache zu erlernen nöthig hätten, als so weit, um als Soldat später einmal nach Hause schreiben zu können: „Ich bin gesund und hoffe, daß Ihr es auch seid. Schickt mir etwas Geld und einige Lebensmittel.“

In Florenz bescherte der Finanzminister der Abgeordnetenkammer die Gesehe über die Maß-, Einregistriungs- und Concessionssteuer und bemerkte dabei außerdem, daß er, wenn diese Steuern zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget nicht ausreichen, noch ein Gesetz über Getränkesteuer einbringen würde. (Die Menge muß es bringen.)

Im Monat März wurden nach der „Gazetta Militare Italiana“ in Italien wegen Mord 220, wegen Raub 289, wegen Verwundung 846, wegen Diebstahl 1450, wegen Brandstiftung 36, wegen Widerstand gegen die öffentliche Gewalt 125, wegen Entweichung 17, wegen Desertion 106, wegen Penitenz 89 und wegen verschiedenen Vergehen 2571 Personen verhaftet. In einem Monat — glückliches Volk!

Die zweite sächsische Kammer verwilligte gegen 14 Stimmen dem Kriegsministerium 1,400,000 Thlr. zu Casernenbauten.

Vereins-Nachrichten.

Gg. Berlin. Als Nachtrag zu dem Berichte über die Generalversammlung der „Kranken-, Sterbe-, Heile- und Invalidenfasse“ bringen wir folgenden Auszug aus dem halbjährlichen Rechenschaftsbericht: I. Kranken-, Sterbe- und Heilfasse: A. Einnahme: Bestand am 15. Sept. 1867: 335 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Beiträge der Principale 1517 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf., Beiträge der Gehilfen 4837 Thlr. 14 Sgr., Zinsen 9 Thlr. 12 Sgr., Summa 6699 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. B. Ausgabe: An 231 Kranke für 967 1/2 Wochen und 41 Tage 2919 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., an Sterbegeldern 711 Thlr. 25 Sgr., Biatium an 445 Reisende 662 Thlr. 20 Sgr., an Invalidengeld 2526 Thlr. 20 Sgr., an außerordentlichen Unterstütlungen 81 Thlr., an Drucksachen 37 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., an Gehalten und Remunerationen 325 Thlr., an diversen kleinen Ausgaben 7 Thlr. 7 Sgr., Summa 7271 Thlr. 27 Sgr. Mitteln waren die Leistungen der Kasse um 572 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. größer, als die Einnahme incl. des letzten Bestandes, was nicht zu verwundern ist, wenn man an-

nimmt, daß ein Ausfall der Einnahme um 936 Thlr. 29 Sgr. stattgefunden hat, der sich, wie folgt, vertheilt: 257 beschäftigte Mitglieder mit 5170 Beiträgen = 729 Thlr. 15 Sgr., 53 unbeschäftigte mit 1048 Beiträgen = 143 Thlr. 9 Sgr., 20 Mitglieder mit Biatium- und Rückzahlungen 23 Thlr. 5 Sgr., 5 Principale mit der Gehilfensteuer 41 Thlr. (Die Zahl der unbeschäftigten Mitglieder zu der der beschäftigten dürfte sich in Wahrheit anders stellen, wenn die Mitglieder, welche noch aus conditionsloser Zeit reiften, als unbeschäftigt aufgeführt würden, was nicht geschieht. Ob man nun ein Mitglied, welches aus einer Condition noch Reste hat, zur Zeit des Rechnungsabschlusses aber ohne Condition ist, auch als unbeschäftigt aufführt? Das wäre eine sonderbare Gerechtigkeit!) — II. Invalidentasse: Einnahme an Beiträgen der Mitglieder incl. Einschreibegelde 2450 Thlr. 27 Sgr., halbjährliche Zinsen und Gewinn beim Ankauf von Werthpapieren 1360 Thlr. 3 Pf., Bestand am 15. Sept. 1867 52,375 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf., Summa 56,186 Thlr. 4 Sgr. Und die Invalidentasse hat einen Ausfall und zwar 255 beschäftigte Mitglieder mit 5070 Beiträgen = 338 Thlr., 53 unbeschäftigte Mitglieder mit 1036 Beiträgen = 69 Thlr. 2 Sgr., 31 Mitglieder fehlen mit Einschreibegelde = 29 Thlr. 5 Sgr., Summa 436 Thlr. 7 Sgr. — Angesichts dieser betrübenden Thatfachen ist es dem Vorstande nicht zu verdenken, wenn er mit allen möglichen Mitteln einschreitet, um die böswilligen oder leichtsinnigen Neplanten energisch zu ihrer Pflicht zurückzuführen; schlimmer für die recht-schaffenen Mitglieder ist es schon, daß der Vorstand, um wenigstens das Deficit dieses Halbjahres zu decken, den wöchentlichen Beitrag von 6 auf 7 Sgr. erhöhen mußte. Wünschen wir, daß auch hinsichtlich des Zahlens mehr esprit de corps über unsere Kollegen kommen möge.

Gg. Berlin, 13. Mai. (Buchdruckergehilfen-Verein.) Herr Jörresen hielt einen ansprechenden Vortrag über „die französische Revolution“, in welchem namentlich die Parallelen auf unsere heutige Zeit höchst drastisch waren. Hierauf folgte die Anlage einer außerordentlichen Generalversammlung in Sachen der Tariffrage auf nächsten Sonntag; hierzu wird der Druck des Entwurfs beantragt, jedoch abgelehnt. — Zur Einrichtung des Johannisfestes wird eine Commission von 4 Mitgliedern eingesetzt. — Der Fragelasten enthält zunächst eine Klage über die mangelhafte Bekanntmachung der „Volksversammlung“, was vom Vorstande zugegeben wird und mit den Beschränkungen über Plakate zu solchen Versammlungen motivirt wurde. Goffentlich haben wir hieraus eine Lehre gezogen. — Ferner wird die Sonntagsarbeits-Frage angeregt, wonach die Seher in den einzelnen Druckereien mit ihrer Kündigung noch auf den Beschluß der Commission gewartet, jedoch in einzelnen Geschäften, wo dies wegen des Contracts der Buchdrucker-Eigener mit den Eigentümern der Zeitungen nöthig war, schon jetzt die erforderlichen Mittheilungen gemacht haben. — Zum Schluß amüßte uns noch unsere Freundin, die „Staatsb.-Ztg.“, welche ihr gegebenes Versprechen, den Bericht über unsere Volksversammlung wahrheitsgetreu wiederzugeben, nicht gehalten hat, wie ja auch nicht anders zu erwarten war, wobei als Curiosum hervorgehoben wird, daß der Chef-Redacteur, Herr Held, den Schlußsatz des Referats geschrieben hat, obgleich er gar nicht in der Versammlung gegenwärtig war. Hierzu gehen zwei Anträge ein: 1) Von Vereinwegen eine Verichtigung der „Staatsb.-Ztg.“ zuzuschicken, welche sie auf Grund des § 26 des Preßgesetzes unentgeltlich aufzunehmen verpflichtet ist, und im Fall der Weigerung den Weg des Inzerats zu betreten; 2) Kosten und Consequenzen für ein Inzerat der Seher der „Staatsb.-Ztg.“ zu tragen, in welchem dieselben die Lügen widerlegen, welche gegen sie in geschäftlicher Hinsicht gemacht worden sind — und werden beide angenommen.

17. Mai. Heute Vormittag fand die 2. außerordentliche Generalversammlung der Vereinsmitglieder statt zur Verathung des Tarif-Entwurfs. Zu dieser außerordentlichen Versammlung ist auch der Besuch außerordentlich — schwach! — circa 50—60 Mitglieder — was einem Mitgliede Veranlassung giebt, einen Antrag auf Vertagung und einen fernern Antrag auf Verlegung der Tarifverhandlungen in die laufenden Vereins-sitzungen zu stellen, welche beide angenommen werden. — Viele Mitglieder bemühen die nur gewonnene Zeit, um einer Volksversammlung der Maschinenbauer anzuwohnen, welche die Besprechung über die Sonntagsarbeit bezweckt. Unsere Leute waren zahlreich dort vertreten, was von der er-kanteten Solidariät der Interessen aller Arbeiter ein günstiges Zeugniß ablegt, immerhin aber können wir uns, ohne gerade dem Particularismus zu verfallen, der Ansicht nicht verschließen, daß die Vereinsmitglieder erst in unserer Versammlung und dann in einer andern zu suchen sein müßten. Einige unserer Mitglieder sprachen in der Maschinenbauerverammlung übrigens mit entschiedenem Mißg. — Am Sonntag, den 24. Mai, findet die fünfte ordentliche Sonntags-sitzung statt, worauf wir aufmerksam machen.

Braunschweig, 16. Mai. (Der Ausgang unserer Preisfrage.) Wie unseren deutschen Kollegen durch den „Corr.“ bereits bekannt, wurde endlich auch hier, wo — wie in der Eingabe an die Herren Principale hervorgehoben — eine wesentliche Aufbesserung unserer materiellen Lage seit 20 Jahren nicht stattgefunden, die Preisfrage auf die Tagesordnung gesetzt, und es dürfte für Manche von großem Interesse sein, den Ausgang derselben kennen zu lernen. Leider ist das Resultat kein günstiges, wie aus folgenden wahrheitsgetreuen Auszügen der Protokolle unserer jüngsten Versammlungen ersichtlich:

Protokoll der Versammlung vom 26. April.

Nach Eröffnung der Sitzung seitens des Vorsitzenden staltete derselbe in einem etwa 1 1/2 stündigen Vortrage Bericht ab über seine Thätigkeit als Abgeordneter des zweiten deutschen Buchdrucker-tages, sowie über den Verlauf desselben; die Berichterstattung war eine zusammenhängende, übersichtliche, interessante und befriedigend allgemein. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Preisfrage. Es erfolgte eine zweite Berichterstattung der betreffenden Deputirten an die Principale, deren Ergebnis jedoch eben so wenig erfreulich war, wie die erste. Von Herrn Bieweg konnte derzeit noch nichts angegeben werden. Herr Westermann hatte sich entschieden dahin erklärt, daß er sich nichts octroyiren lasse, er werde selbst einen Tarif feststellen. Herr Jul. Krampe hatte sich dahin erklärt, daß er die Forderungen der Gehilfen vollständig gerechtfertigt halte, jedoch den Herren Bieweg und Westermann nicht voranziehen könne, da er schon höhere Preise zahle, als diese, sobald jedoch die genannten Herren sich dazu verstehen sollten, werde auch er bereitwilligst folgen. Außerdem habe er mit Herrn Westermann dießhalb bereits Rücksprache genommen, dieser aber auf das Bestimmteste erklärt, er werde eher seine Druckerei schließen, als höhere Preise zahlen. Die Herzogliche Waisenhaus-druckerei war nicht vertreten. Herr Sievers hat sofort eine Zulage bewilligt, wie auch die Frau Witwe Meincke dergleichen gethan hat. Herr Bruhn hat sich dahin erklärt, falls die übrigen Herren Principale den Tarif annehmen würden, auch er denselben für neue Werke einschließen wolle, für im Gange befindliche jedoch müsse der alte Preis verbleiben. — Nach lebhaften Debatten über weiter zu thunende Schritte wurden zwei Anträge, der eine von Herrn Wiebers, der andere von Herrn Benz gestellt, Ersterer zog jedoch seinen Antrag, dahin gehend, die Commission zu beauftragen, bis zur nächsten Monatsversammlung Entwürfe über weiter zu thunende Schritte anzuarbeiten und der Versammlung vorzulegen, zu Gunsten des letztern zurück, und das Ergebnis der Abstimmung über den Benz'schen Antrag war, daß die Tariffcommission seitens der Versammlung für permanent erklärt und ihr die Aufgabe gestellt wurde, der am Sonntag, den 3. Mai, einzuberufenden Generalversammlung Vorschläge, resp. Entwürfe über diesen Gegenstand zu machen. Schluß der Versammlung.

Die Tariffcommission hatte in Folge dessen eine Sitzung im Laufe derselben Woche, an deren Btheiligung die Bieweg'schen Commissionsmitglieder jedoch verhindert waren, außerdem war die Waisenhausdruckerei, die sich in dieser Angelegenheit überhaupt vollständig passiv verhalten hat, nicht vertreten.

Protokoll der Versammlung vom 3. Mai.

Nach Eröffnung der Versammlung referirte Herr Benz als Vorsitzender der Tariffcommission über die Sitzung derselben und lautete das Referat dahin, daß die Herren Principale sich noch immer nicht bereit erklärt hätten, den von uns aufgestellten Leipziger Tarif zur Annahme gelangen zu lassen; es sei die betreffende Commission nach nochmaligen gründlichen Erörterungen zu dem Resultate gekommen, daß nur eine Arbeits-einstellung zu dem gewünschten Ziele führen könne und sie habe daher einstimmig den Beschluß gefaßt, falls die Herren Principale nach nochmaliger Anfrage, ob sie den Tarif bewilligen wollten oder nicht, bis kommenden Freitag nicht die gewünschte Nachricht gegeben hätten, am Sonnabend zu kündigen und so die Principale zu nöthigen, den fraglichen Tarif einzuführen. — Die Discussion wird eröffnet; zunächst nimmt Herr Wiebers (Bieweg) das Wort und theilt eine Erklärung des Herrn Bieweg mit: Derselbe habe im Allgemeinen eine Preisaußbesserung wol für notwendig erachtet, wolle jedoch zuvörderst den Rechnungsab-schluß von 1867 abwarten; der vorjährige sei sehr schlecht gewesen und falle dieser eben so unglücklich aus, so sei er gezwungen, bei einer Preisverhöhung die einzelnen Exemplare höher zu belasten. Es sei daher für die Mitglieder der Bieweg'schen Officin das Resultat des fraglichen Abschlusses abzuwarten, überdem sei, wie schon in voriger Generalversammlung bemerkt, der Geschäftsgang ein äußerst flauer und jedenfalls jetzt nicht daran zu denken, daß die Kollegen dieser Officin sich bei einer etwaigen Arbeits-einstellung theilnehmen könnten. — Herr Wagener (Bieweg) steht in einer etwaigen Arbeits-einstellung auch nicht das geeignete Mittel, Etwas zu erreichen und glaubt, daß eine solche nur da anwendbar, wo man schon siegesgewiß ist; er stellt zugleich die Anfrage, ob zu einer solchen auch wol die nöthigen Geldmittel zu beschaffen seien und hält ein Einzelgehör für rath-samer. — Herr Bruhn (Bruhn): Wann glaubt Herr Wagener den siegesgewissen Zeitpunkt zu erlöden? — Herr Wagener: Wenn mehr Arbeit da ist, als Arbeitskräfte. — Herr Benz (Krampe) giebt Herrn Wagener, welcher ebenfalls nicht in der letzten Versammlung anwesend, die bez. Aufklärung. — Herr Wiebers: Die letzte Versammlung hat freilich ein allgemeines Vorgehen als das Geeignete anerkannt, dieser Zeitpunkt ist jedoch nicht dazu geeignet, und daher ein solches jetzt nur unheilbringend. Die Verhältnisse Braunschweigs sind nicht berartig angethan, zumal die meisten Kollegen verheirathet sind und nicht Seber von ihnen die Landstraße frequentirt kann. — Herr Wroß (Westermann): Der günstige Zeitpunkt ist gerade jetzt gekommen, ein recht kräftiges Vorgehen muß uns unserm Ziele zuführen und ich möchte die Bieweg'schen Kollegen ersuchen, sich uns anzuschließen. — Herr Gerhard (Krampe): Das Schlagwort ist stets „verheirathete Kollegen“, ob verheirathet oder nicht, ein

Jeder hat mehr oder weniger Pflichten zu erfüllen. — Herr Weiß (Braun): Bögern wir nicht mehr, sondern gehen wir vor und verlangen den Werth unserer Arbeit. — Herr Wieders: Das Adoptiren eines Gesamtvorgehens ist in diesem Falle gewiß nicht rathsam, ein Einzelvorgehen ist jedenfalls mehr verprechend. — Herr Schiller (Wieweg): Unsere Principale werden sich am wenigsten durch eine etwaige Arbeitseinstellung bewegen lassen, höhere Preise zu zahlen, da sie es bei einer solchen länger aushalten können, wie andere Principale, weil sie Verlagsdruckerei haben. — Herr Gerh. d. Diese Aeußerung ist durchaus nicht stichhaltig; wollten wir nur den Kollegen in Berlin und Leipzig folgen, wir würden bestimmt etwas erreichen. — Herr Weiß: Lassen Sie alle Sonderinteressen schwinden. Wollen die Kollegen von Wieweg nicht mit uns gehen, so eruche ich sie, sich wenigstens passiv zu verhalten. — Herr Wieders: Die Sonderinteressen sind kein Grund dafür, aber den Leipziger Verhältnissen sind unsere Entscheidungen auch nicht gleichzustellen. — Herr Meyer (Bruhn): Mein tiefstes Bedauern muß ich darüber ausdrücken, daß die Wieweg'schen Kollegen nicht mit uns gehen wollen. — Herr Schmidt (Wieweg) beleuchtet nochmals die hier vorliegenden Thatsachen und bittet, jede Entzweiung zu vermeiden und die Arbeitseinstellung bis zu günstigerer Zeit zu vertagen, da augenblicklich kein Wieweg'scher Colleague dazu im Stande sei, aus mehrfach wichtigen Gründen, weil, wie schon von einem früheren Redner bemerkt, der Geschäftsgang ein sehr flauer und nach einer Arbeitseinstellung Niemand von ihnen jemals darauf rechnen könne, seine Stellung im Wieweg'schen Geschäft wieder einzunehmen. — Herr Gerh. d. Die Drohung einiger Principale, die Druckerei zu schließen, ist nicht so streng zu nehmen; auch einige Leipziger Principale hätten dies gewollt, sich aber bald eines Besseren besonnen. — Herr Brunner: Der Rechnungsabluß pro 1867 wird also heilbringend für die Wieweg'schen Kollegen sein und ich frage die aus jener Officin hier Anwesenden: ob sie, falls dieses nicht wahr werden sollte, dann geneigt sind, mit uns zu gehen? Wird diese Frage bejaht, so erkläre ich mich dafür, die etwaige Arbeitseinstellung bis dahin zu verschieben. — Herr Grans (Krampe): Ich halte die Aeußerung des Herrn Wieweg, hinter der sich unsere Kollegen gewissermaßen zu verhehlen scheinen, für durchaus unzulässig und bin trotzdem dafür, entschieden vorzugehen. — Herr Wieders: Gewünscht hätte ich, daß solcher Ausdruck seitens des Vorsitzenden gerügt worden wäre, und Herrn Grans entgegne ich, daß seine Courage jedenfalls daher rührt, weil er vierteljährliche Kündigung hat. — Herr Penz: In der Aeußerung des Herrn Grans finde ich durchaus nichts Unstatthafes, auch von anderer Seite sind derartige Aeußerungen gefallen, ich kann mich deshalb nicht dazu verhehlen, Herrn Grans eine Klage zu erheben. — Herr Grans: Ich habe zwar vierteljährliche Kündigung, bemerke jedoch Herrn Wieders, daß ich mich bei einer Arbeitseinstellung jedenfalls weigern werde, Correcturen zu lesen. — Herr Bernhardt (Bruhn): Es ist doppelt unrecht, wenn die Wieweg'schen Kollegen sich ausschließen wollen, schon der Lehrlinge halber, von denen sie den directen Nutzen hätten; sie begünstigen gerade das, was wir bekämpfen. — Herr Penz: Welches Licht wird es in Deutschland auf uns werfen, wenn wir nicht pöblich unsere wichtigste Frage ruhig bei Seite legen, wo Alles unserer harzt; wir müssen ein Resultat zu erzielen suchen. — Herr Wieders: Unsere Verhältnisse kennt man anderwärts zu wenig. — Herr Penz: Leider nur allzu bekannt sind die traurigen Verhältnisse Braunschweigs. — Herr Brunner: Bis jetzt hat noch keiner von den Wieweg'schen Kollegen auf meine Anfrage geantwortet. — Herr Wieders: Jederzeit sind wir bereit, mit unseren Kollegen zu gehen. — Herr Weiß: Jeder Einzelne ist verpflichtet, Opfer zu bringen und bitte ich nochmals, alle Sonderinteressen fallen zu lassen. — Herr Brunner: Das Aufbehren Einzelner ist lächerlich (d. h. der kleineren Druckereien), da diese ja bald zu erlösen sind; wollen die Wieweg'schen Kollegen ihr Ehrenwort geben, mit uns zu gehen, wenn der Abschluß nicht günstig für sie ausfällt, dann bitte ich nochmals, so lange die Sache zu vertagen. — Herr Weiß: Wann ist der Abschluß? Warten wir noch verschiedene Wochen, so wird aus der Sache erst recht nichts, da wir dann in die kalte Zeit hinein kommen. — Herr Schmidt: Ich antworte Herrn Brunner: Liegen die Verhältnisse auch dann noch so traurig wie jetzt, so können wir uns nicht beistimmen. — Herr Wieders: Wenn die Wieweg'schen Kollegen nicht mitgehen wollen, können die Westermann'schen es auch nicht. (Schluß folgt.)

G. Womburg. Den verfloffenen Monat haben wir hauptsächlich zur Regelung des Geschäftsganges innerhalb des Bezirksvereins benutzt; zwar sind wir noch nicht in jeder Beziehung damit im Reinen, so doch einige bedeutende Schritte weiter vorgerückt. — Leider sind wir noch nicht im Stande, von den im vorigen Monatsberichte als theilnahmlos bezeichneten Druckorten irgend ein Lebenszeichen „geistiger Natur“ zu berichten. — Unser Deputirter, Herr Heuschel, als auch die inzwischen im „Corr.“ veröffentlichten Verhandlungen des letzten Buchdrucker-tages, haben uns während der letzten Versammlungen Stoff zur Genüge gewährt, obgleich die größere Anzahl sich mit einzelnen gefassten Beschlüssen nicht ganz einverstanden erklärte und namentlich in der Lehrlingsfrage ein weiteres, ja energischeres Vorgehen im Allgemeinen gewünscht hätte. — Unseren Ortsvereinen, Collegen und Mitgliedern gereiche hiermit zur Nachricht, daß es nur auf einem Versehen beruht und

nicht die Verbandsbeiträge der Bromberger Bezirksvereins-Mitglieder vom 1. Juli 1867 bis 1. April 1868, sondern vom 1. Juli 1866 bis 1. April 1868, mit 16 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf. eingeliefert sind. (Nr. 15 des Corresp., S. 91.) — Für die nächste Hauptversammlung haben wir vorläufig den Johannistag ersehen und eine Festlichkeit mit derselben zu verbinden projectirt, bei welcher der im Constatium begriffene Gesangverein hoffentlich seine Erfindungsleistungen zu Tage fördern wird. Die auswärtigen Vereinsmitglieder seien vorläufig hierdurch benachrichtigt.

**** Düffeldorf, 19. Mai.** Laut Beschluß einer gestern Abend stattgefundenen Generalversammlung des Vereins Gutenberg wird nunmehr in der schon früher angeregten Tariffrage für hier jetzt vorgegangen und wird den Principalen der Dreigroschen-Tarif zur Annahme vorgelegt werden. Hoffen wir, daß auf gutlichem Wege eine Einigung zu Stande komme; sollte aber unserer Forderungen, deren Berechtigung außer allem Zweifel liegt, nicht entsprochen werden, so werden wir, und die Stimmung der gestrigen Versammlung bürgt dafür, daß Alle festhalten, Einer für Alle und Alle für Einen einstehen, und auch wir werden die moralische und materielle Unterstützung der deutschen Kollegen zur Seite haben. — Für heute beschränke ich mich darauf, einfach den Beschluß mitzutheilen, Eingehenderes einem weiteren Berichte vorbehalten, indem ich noch beifüge, daß bereits eine Commission zur Ausführung desselben gewählt wurde, die sofort die nötigen Schritte zu thun hat, und daß auch hier in der Buchdrucker-Versammlung endlich der Beschluß gefaßt wurde, von jetzt ab nur an Verbandsmitgliedern Votum zu verabreichen.

G. V. Elberfeld-Warmen, 11. Mai. In der gestrigen Monatsversammlung des Gutenbergvereins zu Elberfeld waren sechs Kollegen aus Solingen zu dem Zwecke anwesend, sich als Mitglieder unseres Bezirksvereins aufnehmen zu lassen. Bevor diese Aufnahme erfolgen konnte, eröffnete der Vorsitzende eine Debatte über diese Angelegenheit und forderte die Solinger Kollegen auf, über die dortigen Preisverhältnisse Auskunft zu geben. Es stellte sich dabei heraus, daß der in der Monatsversammlung vom 1. December v. J. in unserm Vereine aufgestellte Segetarif für Solingen: „Gewisses Geld 5 1/2 Thlr. wöchentlich für 10stündigen Arbeitszeit und 3 Sgr. für die Leberstunde, oder im Berechnen 3 Sgr. pro 1000 n.“ gegenwärtig dort nicht mehr existirt. Es wurde derselbe damals von der Principalität nur angenommen, um ihn bald nachher wieder außer Cours zu setzen, indem die betreffenden Vereinsmitglieder peu à peu den „Sad“ erhielten und „billigere Kräfte“ engagirt wurden. Die augenblicklich dort Conditionirenden erhalten wöchentlich ein gewisses Geld von 4 1/2 Thlr. Es war die Debatte über diese Affaire um so pilantur, als der hiesige Bezirksverein in der Monatsversammlung vom 5. Januar d. J. das Gesuch der sämtlichen Mitglieder der Friederich'schen Buchdruckerei in Elberfeld um Aufnahme in den Verein zurückgewiesen hat. Die F. S. können nach dem an diesem Tage gefassten Beschluß nur gegen Concessionen in den Verein aufgenommen werden. (Leider ist von diesen Herren seitdem nicht der geringste Versuch gemacht worden, die Bedingungen, welche ihnen der Verein stellte, zu erfüllen. Also sind die Preisverhältnisse in der F. S. Druckerei noch immer nicht nach dem 3-Silbergroschen-Tarif geregelt und sämmtliche dort Conditionirende sehen dem Verbanne und den Bestrebungen desselben bis heute noch gänzlich fern.) Es wurde daraufhin auch heute die Aufnahme der Solinger Kollegen zuerst beantragt, schließlich jedoch unter folgenden vom Verein gestellten Bedingungen bewilligt: „In Erwägung, daß die Solinger Kollegen sich bereit erklären, den vom Bezirksverein Elberfeld-Warmen für Solingen aufgestellten Segetarif innerhalb vier Wochen wieder aufnehmen und durchzuführen, wird ihnen der Beitritt zum Verein gestattet.“ Die betreffenden Kollegen erklärten sich sämmtlich damit einverstanden und wurde ein Solinger Mitglied von der Versammlung zur Tariffcommission gewählt, welche darüber zu wachen hat, daß einmal Errungenes auch besetzt wird. — Noch ist hier einer andern dortigen Person zu erwähnen: des Maschinenmeisters Sinner aus Elberfeld, welcher sich gleichfalls zum Beitritt gemeldet und in der Pfeiffer'schen Buchdruckerei conditionirt. Als Geschäftsträger, examinierte Kunstfütze, Maschinenmeister und dito Radfahrer für 5 Thlr. wöchentlich in der Pfeiffer'schen Buchdruckerei in Solingen arbeitend, sucht er die übrigen dort conditionirenden Kollegen im Sinne des Principals zu beeinflussen und ihnen begreiflich zu machen, daß sie in ihrer Stellung sehr zufrieden sein könnten (1), und bestritt überhaupt in heutiger Versammlung unsern Bezirksverein das Recht, für Solingen einen Tarif aufzustellen. Wegen seiner nur zu klar ausgesprochenen Absichten gegen die Interessen des Verbandes wurde ihm der Beitritt zu unserm Vereine verweigert. Wir geben diese ziemlich ausführlichen Daten, um den Lesern des „Corr.“ die Solinger Verhältnisse klar darzulegen, und eruchen alle nach Besserung der Lage strebenden Kollegen, den Zuzug nach Solingen nach besten Kräften abzugeben. Wir bemerken schließlich noch, daß in der Fabrikstadt Solingen die Eheuerung der Lebensmittel mit der hiesigen ziemlich auf gleichem Fuße steht, dagegen für Elberfeld und Warmen aber auch der 3-Silbergroschen-Tarif oder 6 Thlr. gewisses Geld schon fast allgemein eingeführt worden ist.

c. Soya, 10. Mai. Wie den Lesern des „Corr.“ noch erinnerlich sein wird, brachte die erste December-Knummer des vorigen Jahres einen Bericht aus Nürnberg über die dort stattgehabte Gründung des Weser-Ents-

Gauverbandes als Zweigverein des Deutschen Buchdruckerverbandes und dürfte es wol von Interesse sein, über den gegenwärtigen Umfang des Verbandes etwas Näheres zu erfahren. Der Bezirk umfaßt 28 Druckorte, von denen bereits 16 dem Verbanne angehören. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 57, darunter 4 Principale. Leider ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, die Zahl der im Bezirke bestehenden Druckereien als auch der in diesen conditionirenden Gesellen bestimmt festzustellen, was übrigens bei der großen Mangelhaftigkeit der hiesigen Verkehrswege nicht auffallen kann. Doch hoffen wir, daß dieser Uebelstand, der einem raschen Vorwärtsschreiten größere Hindernisse, als dies anderwärts der Fall ist, in den Weg legt, mit der Zeit mehr und mehr verschwinden wird. — Die zu gleicher Zeit gegründete Krankenkasse zählt bis jetzt 33 Mitglieder und sind die vom Verwaltungsrath ausgearbeiteten Statuten nunmehr unterm 30. April von der Königl. Landdrostei für Hannover genehmigt. Diese Kasse beruht vollständig auf Freiwilligkeit und beginnt ihre Wirksamkeit am 1. Jan. 1869.

München. (Allbayerischer Gauverband.) Es wird nun wol an der Zeit sein, wenn wir unseren Kollegen von Naß und Fern in kurzen Umrissen ein Bild über die Thätigkeit des Allbayerischen Gauverbandes geben. Schon nach der Landshuter Versammlung trat die Frage über die Lebensfähigkeit des Verbandes heran, und sie wurde glänzend beantwortet. Dem Zusammenhalt der Verbandsmitglieder und dem festen Mannesstimm der Landshuter Kollegen gelang es, die Sonntagsarbeit in Landshut aufzuheben. Nun trat an uns die Frage über Beschäftigung des Buchdrucker-tages heran, und konnten wir leider keinen Abgeordneten schicken, weil dem noch so jungen Verbanne diese hinreichenden Selbstmittel zu Gebote standen. Aber mit Freude erfüllten die Verbandsmitglieder die in Berlin gefassten Beschlüsse, in denen sie die in der Landshuter Versammlung ausgesprochenen Wünsche verwirklicht fanden. Alle Städte unsers Verbandes haben bereits ihre Beiträge einbezahlt und hat sich seit unserer Vereinigung ein so reges Leben in den Verbandsstädten entwickelt, daß man für die vielfachen Anfeindungen reichlich entschädigt wird. Die neugegründete Unterstützungskasse in Landshut hat geistlichen Fortgang und wird der Beiritt hierzu selbst Verbandsmitgliedern aus anderen Druckstätten nicht verwehrt sein. Auch in Passau hat sich unmittelbar nach dem Beitritte eine Unterstützungskasse gebildet. — Der Localverein München hat die daselbst schwebenden Fragen in die Hand genommen und wird sie auch durchzuführen wissen. Der Besuch seiner ordentlichen Versammlungen ist ein reger. Die Bibliothek wird immer reichhaltiger. In einer der letzten Vereinsversammlungen hielt das Mitglied A. Ley einen Vortrag über die ersten Entbedungen Amerika und fand der klare und ruhige Vortrag allenthalben Anklang. Zu beklagen ist nur, daß sich ein Theil der Münchener Kollegen so theilnahmlos gegenüber unseren Bestrebungen hält, und hoffen wir nächstens Erfreulicheres berichten zu können. Nun tritt an uns noch eine kitzliche Frage heran, die Sonntagsarbeit. In allen Verbandsstädten, bis auf München und Passau, wird es wol keine Schwierigkeiten haben, aber in den letzteren Städten wol nicht ohne Kampf abgehen, und wir können nicht einmal auf so liberale Journalisten zählen, wie die rheinischen. Von Seite des Localvereins München wurde bereits eine Vorstellung an die betreffenden Herren Eigenthümer und Verleger abgegeben und sind die Mitglieder desselben gewonnen, mit allen zulässigen Mitteln die Einstellung der Sonntagsarbeit zu bewerkstelligen. Zu dem Behufe hat sich auch der Verbandsausschuß mit den Nachbarverbänden in Verbindung gesetzt. Gott schütze die Kunst und seine wackeren Jünger!

A. k. München. Auch von hier darf sich wieder einmal eine Stimme hören lassen; wenn auch kein Veritas-Artikel, so ist es doch Wahrheit, was der Schreiber sich erlaubt, hier in Kurzem mitzutheilen. — Vor nicht gar langer Zeit ging ein Circular von zwei ehemals sehr eifrigen und thätigen Localvereinsmitgliedern aus, welches zu einer Versammlung einlud, in der Schritte und Wege besprochen werden sollten, die Anfeindungen der hiesigen Kollegen zu regeln, da zwei an der Spitze der hiesigen Bewegung stehende Kollegen nicht ihr Vertrauen und ihre Achtung genießen könnten. Zahlreiche Unterschriften fand dieses famose Circular*. Die Versammlung war, in Erwartung der Dinge, die beschlossen werden sollten und könnten, sehr zahlreich besucht. Mühsam mußten wir das Verhalten des zum Vorsitzenden gewählten Herrn Factor Manz erwähnen, der bei Eröffnung der Versammlung die Fassung des Circulars tadelte und die persönlichen Angriffe als ungerechtfertigt zurückwies. Mit mir wird Mancher nach dem vertrauens- und achtungsvollen Circular ein anderes Resultat erwartet haben. Der Hauptbeschluß war die Aufstellung von 5 Candidaten, welche zur Verstärkung in den Gewerbevereinsausschuß gewählt werden sollten, um einen neuen ähnlichen, aus Principalen und Gesellen bestehenden Verein an Stelle des aufzulösenden Gewerbevereins zu gründen. Bis jetzt ist uns ein Ergebnis dieser Commission noch nicht bekannt, und wir können nur annehmen, daß sich diese Herren sehr schwer einigen werden, da die Einer von einer Annäherung nach Außen nichts wissen wollen, während die Anderen die bis jetzt um Münchens Buch-

* Für Circulare ist hier bei dem unersetzlichen Ganteln so vieler ein gutes Feld, wie die feinerzögliche Eingabe betreffs unserer Fassen an den Magistrat im Gegensatz zu dem Verhalten in der Versammlung und weiter das von der Weiß'schen Officin ausgehende Circular bezieht.

drucker gezogene keine zerreißen und einen Anstoß an den Deutschen Verband haben möchten, um auch am Bau unserer allgemeinen Interessen mitwirken zu können. — Inmitten dieser Verträge und Beratungen besteht der Localverein, ungeschwächt durch Austritte Wandelmitgließer und Bevormundeter, er gedeiht und wird stets ergänzt und vergrößert durch die Beitritte deutscher Verbandsmitglieder, die gern das kleine Opfer für die große Sache bringen und der allgemeinen Bewegung folgen. Die Sonntagsarbeit bildete erst kürzlich den Gegenstand der Debatte, und wurde beschlossen, an die Herren Zeitungs-Schreiber zu richten; eben so ist ein Beschluß dahin gefaßt worden, die Herren Principale brieflich zu ersuchen, bei Auflösung des Gewerbevereins dahin zu stimmen, daß das Vermögen des Gewerbevereins für Buchdrucker, in den wir noch heute unsere wöchentliche Steuer von 3 Kr. entrichten, den Unterhilfsklassen einverleibt werde. Gewiß zwei wichtige Punkte.

Leipzig, 16. Mai. (Fortbildungsverein.) In der gestrigen Vereinsversammlung sprach ein Mitglied über den Arbeitstag. Unter Hinweis auf die Agitation für Abschaffung der Sonntagsarbeit wurde betont, daß es eben so großer Wichtigkeit sei, darauf zu sehen, daß dem Arbeiter Zeit zur Erfüllung der notwendigen Lebensbedingungen (Nahrung, Essen und Trinken, Befriedigung geistiger und socialer Bedürfnisse) bleibe. Leider empfehle man zwar immer Sparsamkeit und Entschäftigkeit, aber nur nicht da, wo sie am notwendigsten sei, an der Arbeitskraft. Der zweite Theil des Vortrags beschäftigte sich mit der englischen Fabrikgesetzgebung über diesen Gegenstand und ferner mit der Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern. Die Herstellung der meisten unserer Zeitungen in technischer Hinsicht erfährt einen scharfen Abfall, insofern die dabei beschäftigten Setzer weder Tag noch Nacht Herr über ihre Zeit sind und so nicht die geringste Gelegenheit haben, die Bedingungen zu erfüllen, welche ein menschenwürdiges Dasein erfordert. — Hierauf wurde die Art der Controle seitens des Vereins über den Verbandskassierer festgestellt. — Der Vorsitzende theilt mit, daß Herr Carl Vord der Vereinsbibliothek zwei Exemplare seines neuesten Werkes (siehe vor. Nummer, Rundschau) übermittelte, wofür die Versammlung ihren Dank ausdrückt, ferner, daß in Breslau der 3-Sgr.-Tarif von den Principalen anerkannt wurde und daß die Dresdener Collegen dem Vereine für die event. zugesagte Hilfe brieflich ihren Dank ausgedrückt. Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen, um der Freude Ausdruck zu geben, daß diese Preisverhöhung ohne weitere Conflict erreicht worden sei. — Zum Schluß begrüßte die Versammlung den anwesenden Buchdruckereibesitzer und Redacteur des russischen Journals für Buchdruckkunst, Herrn R. Schneider, welcher dem Leipziger Vereiner Grüsse von den deutschen Collegen in Petersburg brachte, die mit einem Hoch erwidert wurden.

Vermischte Nachrichten.

7. Berlin, 16. Mai. In mehreren Zeitungen (u. a. auch im Reichsblatt zur letzten Nummer des „Klabberadach“) ist eine Anzeige des Buchdruckereibesetzers W. Krause in Gumbinnen etwa des Inhalts zu lesen: Er erbietet sich, wegen der in neuerer Zeit enorm gestiegenen Druckpreise in Berlin und Leipzig, Werke und Broschüren zu weit niedrigeren Preisen zu drucken, und legt zu diesem Zweck u. a. ein besonderes Gewicht auf die dortigen billigen Arbeitslöhne. Wir wollen uns jedes Commentars dieser Handlungsweise enthalten und stellen lediglich an Herrn Kr. die Frage: Gebenten Sie vielleicht auf solche Weise das früher (z. B. in Leipzig und an anderen Orten mehr) unfürmerweise massenhaft vergendete Geld wiederzugewinnen? Dann können Sie uns in der

That leid thun. — Von Seiten etwa dort conditionirender Verbandsmitglieder dürfen wir wol die sichere Erwartung hegen, daß sie zu solcher Schmutzconcurrentz in keiner Weise die Hand bieten werden.

Darmstadt, 9. Mai. Wenn der -Correspondent in seinem letzten Artikel bemerkt, wie lange die Mitglieder der hiesigen Krankenkasse noch auf Ausbezahlung ihres ihnen zukommenden Krankengeldes warten müssen, so sieht sich Einsender dieses leiber veranlaßt, offen zu erklären, daß hier in dieser Beziehung eine bedauerliche Desorganisation des Kassensystems herrscht. So ist z. B. ein College, der in den renomirtesten Kassen Mitglied war, Anfangs November v. J. hier zugereist, zahlte von der ersten Woche an seine Beiträge, wurde in der sechsten Woche krank und — bekam kein Krankengeld. Der Grund der Verweigerung liegt an einem Paragraphen des Protokollbuchs, den aber nicht jeder hier conditionirende College kennt. Es ist nun schon vier Monate her, daß ihm diese Unterstützung, oder besser gesagt, dieses Krankengeld verweigert wurde. Es wurde demselben daher gerathen, sich schriftlich an den Vorstand der Krankenkasse zu wenden, und noch ist keine Gewißheit da, ob derselbe sein Geld bekommt oder nicht. Sollte nun Einsender dieses nicht auswärtige Collegen darum angehen, selbst zu erwägen, ob in dieser Angelegenheit nicht große Mißstände hier herrschen? Sollte ein College, der von seinem Conditionsantritt an die wöchentlichen Beiträge in eine zum Mittelrheinischen Verbandsverband gehörige und auf Gegenseitigkeit beruhende Kasse zahlt, nicht berechtigt sein, nach Verlauf von fünfhöchster Bestehen seiner Krankentafelunterstützung zu verlangen? Stehen wirklich die Zustände der Kasserverwaltung so schlecht, daß man in einem Zeitraum von vier Monaten nicht ein Resultat herausbringen kann? Sollten die Beiträge des betreffenden Collegen, der jetzt einem andern zahlenden Mitgliede den Platz verperrt, nicht ein Schaden für die Kasse sein? Um die Beantwortung dieser Fragen bittet Einsender dieses den Vorstand der Darmstädter Krankenkasse und das mitwirkende Comité in kürzester Zeit. Denn bei dem heutzutage gebräuchlichen starken Wechsel kann man eine Sache nicht auf ein halbes Jahr lang verschieben, wenn mitunter eine dauernd verperrte Condition nur einige Wochen währt. Es würde dann sogar Pflicht des Betreffenden sein, daß er nicht nur einigen Collegenkreisen, sondern dem ganzen Deutschen Verbandsverband eingetragene Mittheilung über derartige hier obwaltende Zustände kund giebt.

K. Marburg, 3. Mai. In Bezugnahme auf den Artikel in Nr. 8 des diesjährigen „Corr.“, der unsere Verhältnisse nur zu wahr schilderte, finde ich mich verpflichtet, auch noch Einige hinzuzufügen. Es wurde nämlich bald nach Erscheinen des betreffenden „Corr.“ eine Versammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, den Artikel, weil er Unwahrheiten enthalte, zu widerlegen. Warum nun dieses nicht schon längst geschehen ist, kann ich nicht begreifen; auf jeden Fall ist die Sache so sehr in die Glieder der davon betroffenen Herren gefahren, daß sie bis heute an Nervenschwäche leiden, also unfähig sind, eine Feder zu führen oder aber denken sie: Schweigen ist Gold. Ferner wurde in einer Versammlung im Sommer 1867 beschlossen, weil die Steuer zur Viatikumskasse, welche einen Silbergroschen pro Woche beträgt, von einigen Mitgliedern unregelmäßig bezahlt wurde, die Rückstände mit einem Silbergroschen Strafe pro Woche zu belegen. Dies dauerte nun bis zu einer Versammlung im Anfang dieses Jahres, in der es sich herausstellte, daß wieder zwei Mitglieder mit je 20 Sgr. rückständig waren. Einer derselben erklärte nun, das Viatikum, jedoch keine Strafe bezahlen zu wollen, was natürlicherweise nicht angenommen, sondern ihm eine Bedenkzeit von 8 Tagen bewilligt wurde, mit dem Bemerkten, wenn bis dahin nicht vollständige Zahlung der Steuer

und Strafe erfolge, er aus dem Orts- sowie Bezirksverein und demjenigen auch aus dem Mittelrheinischen und Deutschen Verbandsverbande ausgeschlossen würde. Auf dieses äußerte derselbe ganz frech vor der ganzen Versammlung: „Stoß mich aus! Ich brauche Euch und den Verband nicht!“ Auf ähnliche Weise äußerte sich auch der Zweite, und so wurden denn natürlich die Herren Georg Rammann, Maschinenmeister, und Ferdinand Exter, Setzer, beide aus Marburg und in der Pfeil'schen Druckerei thätig, aus der deutschen Collegenchaft ausgeschlossen. Die Herren Collegen und besonders die reisenden werden deshalb gebeten, darauf zu achten, vielleicht wird dort ein extra Viatikum ausbezahlt! Dieser Beschluß sollte nun auch schon längst durch unsern Präsidenten veröffentlicht werden, leider aber ging es diesem wie dem andern, denn hier gilt allgemein das Motto: „Ich gehe meinen Schenbrian.“ Es wäre deshalb zu wünschen, daß bald ein besserer Geist Marburgs Collegen befehlen möchte, denn nicht nur die Verhältnisse, die die Neuzeit mit sich gebracht, nein, die Moralität eines Jeden verlangt es. Daß hier etwa der Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen“ in Anwendung kommt oder beherzigt wird, glaube nur Niemand, denn wenn hier Einet 2 Groschen mehr verdient als der Andere, wird er mit neidischen Augen angesehen oder man versucht ihn beim Principal anzuschwätzen, abgesehen von anderen Mitteln und Wegen, die ich hier gar nicht erwähnen will. Es giebt ferner hier auch eine Sorte Menschen, die herzlich froh ist, wenn sie am Ende der Woche mit 3/2 Thlr. nach Hause eilen kann. Doch genug. Der Einsender des Artikels in Nr. 8 hat ja die Verhältnisse gut genug beschrieben, es wäre mir deshalb erwünscht und würde mich freuen, bald mehr und Besseres mittheilen zu können. — Zum Schluß bemerke ich noch, daß vor zwei Monaten ein Mitglied den Antrag stellte, eine Krankenkasse zu gründen, bis jetzt hängt aber die Sache noch sehr hoch und ich glaube nicht, daß sich die Herren so schnell dazu entschließen werden, denn wenn Etwas Geld kostet, ist man nicht immer bei der Hand, selbst wenn es zu einem guten Zwecke und der jetzigen, sowie der jüngeren Generation von Nutzen wäre.

Str. Leipzig. (Zur Lehrlingsfrage.) Wie ungerechtfertigt die so häufig erklingenden Klagen der Jünger Gutenbergs ob ihres Berufes sind, erhellt wol zur Genüge aus dem Statut der Genfer Buchdruckergesellschaft, in welchem die Bedingung enthalten, daß bei Annahme von Lehrlingen die Söhne von Buchdruckern stets den Vorzug haben müssen. Allerdings wird dort die Lehrlingsfrage auch in einer den Gehilfen günstigeren und überhaupt gewissenhafteren Weise, als in den zahllosen deutschen Buchdruckfabriken behandelt, da ebenfalls als Bedingung in erwähntem Statut festgesetzt ist, daß in keiner Officin mehr als ein Lehrling gehalten werden und die Lehrzeit nicht länger als drei Jahre sein darf, während wir glücklich besten vier Jahre ausnützen lassen, bevor wir die Freuden (?) des Gehilfenstandes kennen lernen!

Briefkasten.

Friedrich Buchdruckerei in Garburg: Bezahlt bis Ende Mai. — A. in Regensburg: Inserat in Nr. 16 6 Sgr. — S. G. B. (Zytophographie) in Bern: II. und III. Quartal beträgt 2 Thlr. Sendet Sie eine Anweisung ihres dortigen Buchhändlers. — A. S. in Dberghausen: Artikel erhalten. Wird verwertet. — N. in Ramburg: Es wurde von der Expedition aus noch nicht ein einziges Exemplar an Sie versandt, deshalb beruht wol Ihre Angabe auf Versehen. — L. in Rottowitz: Nicht bekannt. — A. S. in Berlin: Wir haben Ihren Brief an die betreffende Adresse abgehandelt. — N. in Rattibor: Inserat 6 Sgr. Den eingelangten Beitrag senden wir nach Breslau. — M. in Karlsruhe: Durch den Mißbrauch der dortigen Collegen hat sich Ihr Artikel erledigt. — W. in Jülich: Ihre Mittheilungen betreffen Vereinsangelegenheiten und wurden deshalb dem Herr Verbandspräsidenten überwiefen. — Wir ersuchen dringend um Angabe des Hauptortes eines Setzers Joseph Bach aus Augsburg. Wir ersuchen um möglichste baldige Angabe der Adresse des Agrarlandes in Sektin.

Anzeigen.

Württembergischer Buchdrucker-Verband.

Die Landesversammlung ist vom Ausbruch auf das Pfingstfest anberaumt und beginnt am 31. Mai, Vormittags 11 Uhr, in Stuttgart, im Saale des Abelhergerhofes in der Nähe des Marktplatzes. Tagesordnung: 1) Bericht über die Wirksamkeit des Ausschusses. 2) Antrag von Ulm in Betreff der dortigen Invalidentasse: „Wer sich von der Viatikumskasse ausschließt, wird vom Verbandsverbande ausgeschlossen.“ 3) Antrag von Tübingen: „Errichtung einer allgemeinen württembergischen Krankenkasse.“ 4) Eintheilung des württembergischen Verbandes in 8—10 Bezirksvereine. 5) Eintrittsbedingungen in den württembergischen, resp. deutschen Buchdrucker-Verband: a) Antrag der Majorität des Ausschusses: „das Eintrittsgeld für die nach dem 1. Juli 1868 Beitretenden auf 30 Kr. festzusetzen.“; b) Antrag der Minorität: „von Neuausgelernten ist keine Aufnahmegebühr zu erheben.“ 6) Sonntagsarbeit: dem Beschluß des zweiten deutschen Buchdruckertages beizustimmen. 7) Central-, resp. Landes-Invalidentasse: die Gründung der letztern ist vorerst zu unterlassen, da die Gründung einer Verbands-Invalidentasse vom Buchdruckertage beschlossen wurde. 8) Annahme des „Corr.“ als Verbandsorgan und Veröffentlichung aller den Verband betreffenden Gegenstände durch denselben. Indem der Vorort die förmlichen Verbandsmitglieder auf die Wichtigkeit der Vorlagen aufmerksam macht, erlaubt sich derselbe die Bitte an die betreffenden Bezirks-

resp. Ortsvereine zu stellen, sich durch zahlreiche Vertreter bei der Landesversammlung zu betheiligen. Die Vertretung geschieht bei Vereinen bis zu 10 Mitgliedern durch einen Abgeordneten, für je 10 weitere Mitglieder durch einen Abgeordneten mehr. Die betreffenden Vereine werden ersucht, die Zahl und Namen ihrer Vertreter baldigst dem Vorort mitzutheilen.

Altbayerischer Gauverband.

Laut Beschluß des Buchdruckertages haben die Nachzahlungen zum Verbandsverband erst vom 1. Juli d. J. an zu beginnen, weshalb wir die Localvereine beauftragen, den § 3 unserer Statuten dahin abzuändern. Zugleich ersuchen wir für Geldsendungen die betr. Postamtsquittungen als Beleg für richtige Zusendung einzufalten. Verbandsbeiträge haben geleistet: Straubing, Hof, Altdilling, Freyung, Rosenheim, Landshut, Passau, München. Die Legitimationen des Altbayer. Verbandes sind so lange gültig, bis die Legitimation des Deutschen Verbandes in Kraft tritt. München, am 13. Mai 1868. Der Ausschuß des Altbayer. Gauverbandes.

Eine gebrauchte Schnellpresse

wird zu kaufen gesucht. Gefällige Offerten mit Angabe des Preises und der Satzgröße unter H. K. # 5 beifördert die Exped. d. Bl. [415]

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern des „Niederschlesischen Verbandes“ hierdurch zur Kenntniß, daß die Delegirtenversammlung Sonntag, den 14. Juli c., hier stattfindet, und werden die Herren Collegen ersucht, Anträge u. c. bis zum 15. Juni an den Vorsitzenden, Herrn S. Kofschel, Jungandreas'sche Officin, einzusenden. Zugleich fordern wir diejenigen Herren Collegen auf, welche noch mit der Steuer pro II. Quartal im Rückstande sind, dieselbe ungekämmt einzusenden, und richten an die Herren Ortsvorsitze wiederholt die Bitte, Materialien zur Statistik in ihren Kreisen möglichst vollständig zu sammeln und uns dieselben durch die resp. Delegirten gef. übermachen zu lassen.

Vorort Orlitz, 17. Mai 1868. Der Vorstand des Niederschlesischen Verbandes.

Buchdruckerei-Verkauf.

Eine im besten Betriebe befindliche, seit 15 Jahren in Leipzig bestehende Buchdruckerei ist Familienverhältnisse halber unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Auch würde ein Theilnehmer unter vortheilhaften Bedingungen angenommen. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen Herr Buchhändler Heinrich Hunger in Leipzig. [416]

Buchdruckerei-Verkauf.

In einer größern Stadt der Provinz Sachsen ist eine gut eingerichtete und mit neuer Schnellpresse versehene Buchdruckerei, welche feste Kundschaft hat, sofort unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen.
Franco-Offerten unter B. B. # 560 befördern die Herren Haasenstein & Vogler in Hamburg. [417]

Eine neue Buchdruckerei mit Blatt, 400 Auflage, ist krankheitshalber für 700 Thlr. zu verkaufen. — Offerten an die Redaction des Wochenblattes in Elbingerode am Harz. [418]

Buchdruckerei-Verkauf.

In einer Kreisstadt Thüringens ist eine sehr gut rentirende Buchdruckerei mit neuen Schriften und neuer Schnellpresse, bei geringer Anzahlung, sofort billig zu verkaufen.
Zahlungsfähige Käufer belieben Anfragen sub A. in der Exped. d. Bl. abzugeben. [392]

Unterzeichneter hat eine in Berlin vor erst einem Jahre durchaus neu errichtete Buchdruckerei mit Schnell- und Glättpresse, ca. 26 Gr. Schriften und sonstigem Material, auch Kundschaft und vortheilhaft gelegenes Local, unter solchen Bedingungen zu verkaufen.
G. Mahn, Buchhändler in Berlin.
Gr. Frankfurterstr. 83 a.

412] Lager aller Arten Buchdruck-Itensilien.

Verkauf einer Maschine.

Eine in gutem Zustande befindliche Sigsäge Maschine steht Umstände halber billig zum Verkauf. Das Fundament ist 22 bei 34 Zoll rheinisch.

Kaufstücker wollen unter Angabe des Preises ihre Offerten franco unter der Chiffre A. # 900 an die Annoncen-Expedition der Herren Sachse & Co. in Leipzig einreichen. [426]

Unterzeichneter hat diverse Buchdruckereien, mehre Schnellpressen und eiserne Handpressen vortheilhaft zu verkaufen.
G. Mahn, Buchhändler in Berlin.
Gr. Frankfurterstr. 83 a.

419] Lager aller Arten Buchdruck-Itensilien.

Eine Holzpresse

verkauft billig die Buchdruckerei in Treuen i. B. [420]

Eine vorzügliche Schnellpresse sucht zu kaufen die Buchdruckerei in Elbingerode. [421]

Gesucht wird gegen gutes Salair ein intelligenter, unverheirateter Schriftfeger, welcher zugleich befähigt, einen Theil der Redaction eines Provinzialblattes zu übernehmen, und in den vorkommenden Comptoirarbeiten nicht unerfahren ist.
Offerten unter Beifügung von Zeugnissen befördert die Buchhandlung von L. v. Wangrow in Bremerhafen. [422]

Mehre Maschinengießer

finden Condition bei J. G. Scheller & Cie. fache in Leipzig. [400]

Ein tüchtiger Maschinenmeister

findet unter günstigen Bedingungen Anfangs Juni dauernde Condition in einer größern Stadt der Rheinprovinz.

Franco-Offerten sub I. M. # 4 beforgt die Exped. d. Bl. [396]

Ein Maschinenmeister,

in guten Accidensarbeiten, sowie auch nöthigenfalls im Farbenruck erfahren, findet dauernde Condition an einem süddeutschen Werke. Anmeldungen mit Gehaltsforderung, Angabe des Alters und Zeugnissen über strenge Solibität wollen an Herrn A. Waldow in Leipzig unter S. M. gerichtet werden. [404]

Ein erfahrener Sezer, der auch an der Presse etwas Gutes zu leisten versteht und im Stande ist, eine neu zu gründende Buchdruckerei einzurichten, wird baldigst in eine kleine Stadt Oberbayerns gesucht.
Offerten nimmt die Exped. d. Bl. franco unter A. H. # 200 entgegen. [409]

Ein für Preußen concessionirter Buchdrucker, welcher die Leitung einer gut beschafften Buchdruckerei (mit Schnell- und Handpresse) übernehmen kann, wird vom 1. Juli c. zu engagiren gesucht. Einem Manne in ge- fetzteren Jahren, der ein mäßiges Einlagekapital besitzt, soll auch gern die Theilnahme am Geschäft zugestanden werden.
Off. Offerten mit Angabe der bisherigen Stellen befördert die Exped. d. Bl. unter S. M. 103. [411]

Ein tüchtiger, solider Maschinenmeister sucht unter bescheidenen Ansprüchen baldigst Condition. Franco-Offerten unter W. B. poste restante Kofstoc. [410]

Ein Maschinenmeister, der auch mit guten Zeugnissen über seine Thätigkeit als Sezer und Schweizerbeugen versehen ist, sucht seine jetzige Stellung mit einer ähnlichen zu verändern. Gef. Offerten beliebe man an E. Kabilinsky II. Ratihor in Schl. zu senden. [413]

Ein tüchtiger Accidensdrucker, der im Buntdruck ge- übt, auch an der Maschine im Accidensdruck Routine besitzt, sucht baldmöglichst Condition (wenn es gewünscht, kann derselbe auch im Patefatz Thätiges leisten). Ge- ehre Herren Principale werden freundlichst ersucht, ihre Adressen unter F. D. # 23 poste restante D. i. b. n., Provinz Sachsen, Niederzulegen. [406]

Ein Sezer, im Accidenssatz nicht unerfahren, wünscht sich zu verändern.
Gef. Offerten sub. Ch. R. I. Exped. d. Corr. [386]

Ein tüchtiger russischer Sezer sucht Condition. Offerten unter S. K. nimmt entgegen die Exped. d. Bl. [395]

Ein Maschinenmeister, auch Sezer, sucht bis Mitte Juni Condition. Off. F. Z. poste rest. Kofstoc. [425]

Cliché-Offerte.

Den Herren Verlegern von Kalendern, Volks- und Jugendschriften offerire Clichés von Illustrationen aus folgenden Werken:

Duller, Deutsche Geschichte (8^o. ca. 22 Du.-Zoll).
Goldsmith, Landprediger von Watefield (8^o. 10—18 Du.-Zoll).

J. J. Grandville, 100 Fabeln (8^o. ca. 14 Du.-Z.).
Preis pro Du.-Zoll in Schriftzeug 3 1/2 Sgr., in Kupfer- niederschlag 5 1/2 Sgr. baar.

Bei Bestellungen von über 25 Thlr. — 5 % Sconto.
Lieferungen franco Leipzig. Probe-Exemplare stehen auf Verlangen zu Diensten. [372]

Berlin.
84. Wilhelmstraße.
Fr. Kortkampf,
Verlagsbuchhandlung.

Herr Wilhelm Walter,

Schriftfeger aus Stuttgart, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen mich unverzüglich nach- zutommen, widrigenfalls ich sein Schreiben an hiesigen Plage zur Warnung der Herren Collegen veröffentlichen, auch eine gerichtliche Klage einleiten werde.
Die mit dem betreffenden Herrn conditionirenden Collegen werden ersucht, mir über den jetzigen Aufenthalt in Burgdorf b. Celle (P. Hannover), 17. Mai 1868. [408]

Oskar Sperber aus Berlin wird ersucht, der Fa- milie Stbl. ein Lebenszeichen zu geben. [407]

Der Buchdrucker Herr Meißner aus Coblenz wird gebeten, seinen jetzigen Aufenthalt einem alten Bekannten, den er im November 1867 besuchte, durch die Expedition des „Corr.“ wissen zu lassen, um eine ge- wünschte Nachricht geben zu können. [422]

Ein uns bis jetzt unbekanntes Individuum fühlte den heißen Drang in sich, in Nr. 19 d. Bl. über Reichenberg i. B. einen Bericht zu erstatten. Dem Anscheine nach von unläuteren Motiven geleitet, griff derselbe einen Mann an, den wir Alle wegen seiner Geschäftskennntnis und Jovialität zu achten Ursache haben. — Nicht genug an dem, erküht sich jener r-Bericht- erstatter noch, in einer mehr als verächtlichen Weise von den in der Gebrüder Stiepel'schen Officin beschäftigten Gehilfen zu sprechen. — Wir vermeiden es, diesen gebässigen Artikel Punkt für Punkt zu widerlegen und begnügen uns einfach damit, jenem unberufenen, nicht in unserer Stadt weilenden Berichterstatter zu er- klären, daß wir uns competent genug fühlen, jeweilige, zwischen uns und unseren Principalen oder unserm Geschäftsführer entstehende kleine Differenzen (wie sie wol in anderen Geschäften auch auftauchen) selbst zu unserer allseitigen Zufriedenheit zu erledigen.
Schließlich sei noch bemerkt, daß wir, um dem Vorwurfe, bis jetzt geschwiegen zu haben, zu begegnen, nächstens mit einem Berichte aus Reichenberg an die Deffentlichkeit treten werden, in welchem der Wahrheit Genüge geleistet wird.
Reichenberg, 11. Mai 1868. [403]

Die Gehilfen der Gebr. Stiepel'schen Buchdruckerei.

Anzeige.

Die durch Herrn G. Tzipel in Nr. 17 b. Bl. aus- gebotene Accidenssetzerstelle ist besetzt. [424]

Daß die unter J. 13 ausgeschriebene Stelle eines Maschinenmeisters wieder besetzt ist, wird mit Dank den geehrten Bewerbern hierdurch mitgetheilt. [414]

Im Verlage von A. Waldow in Leipzig erschien: Die Schriftgießerei. Von J. S. Bachmann. Quart. Preis 15 Ngr.

Dieses Buch ist allen den Buchdruckern zu empfehlen, welche sich über die so nahe verwandte Schriftgießerkunst belehren wollen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen; bei Franco- einzahlung des Betrags in nordb. Postmarken auch direct von der Verlagsbuchhandlung. [405]

Durch die Expedition des „Corr.“ ist gegen Franco- einzahlung des Betrags in Briefmarken zu beziehen: Zur Feier von Gutenberg's 400jährigem Todestag in Leipzig. Gedicht von Ferdinand Freiligrath. Preis 1 1/2 Sgr.

Kassen und Wintertafeln, ober: Der Schreierkrieg an der Pleiße, ober: Ende gut Alles gut. Große romantisch-tomische Zauberoper in sechs Bildern, nebst einem Vor- und einem Nachspiel. Preis 1 1/2 Sgr.

Fortbildungs-Verein.

Monatsversammlung: Montag, den 25. Mai, Abends punkt 8 Uhr, im Schützenhause (Speiseaal). Tagesordnung: Anträge des Directoriums 1) die Corporationsrechte des Vereins betr.; 2) das Johannisfest betr.; 3) Wahl einer Controlcommission der Verbandskasse; 4) die Aufnahme von Mitgliedern betr.; 5) die Sonntagsgarbit betr. Auf den letzten Gegenstand werden besonders die betr. Zeitungsseher hierdurch aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Directorium: Dienstag, 26. Mai, Sitzung.
Bibliothek und Lesekirke: Sonnabends u. Dienstags im Vereinslocale.

Sparkasse: Sonnabend im Vereinslocale Expedition.
Tarifcommission: Freitag, den 29. Mai, Sitzung bei Halliger.

Vereinsneuer: 1 1/2 Ngr.
Debatteclub: Sonntag, 24. Mai, früh 1/6 Uhr, außer- ordentliche Sitzung („Berg“ an der 1. Bürgerstraße).

Mittheilungen aus der Sitzung des Directoriums vom 12. Mai.

Zurückerrattet wurden aus Dershausen 22 Thlr. von den dahin zu Agitationszwecken gesandten 25 Thlrn. — Ein Gestundungsgeßuch wegen Vorßuß wird genehmigt. — Die nächstfolgende Versammlung soll eine Monats- versammlung sein und wird dazu als vorläufige Tages- ordnung bezeichnet: Sollen die Kosten des Johannisfestes, welches entweder an Johannisstage selbst oder an einem Sonntag abzuhalten ist, durch die jetzige Mehrsteuer ge- deckt werden? Bis zum 1. Juli soll das Minimum des Eintrittsgeldes erhoben werden; ferner soll der Verein um das Recht einer juristischen Körperschaft eintommen. Die Frage der Sonntagsgarbit wird der Monats- versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. — Der An- kauf einer Actie der Vereinsbuchdruckerei wegen Sterbefall wird vorläufig abgelehnt. — Seitens des Finanzausßußes werden verschiedene Mittheilungen gemacht und sollen bis zur nächsten Sitzung diejenigen Mitglieder sich beim Vor- sitzenden erklären, welche mit Abzahlung der Vorßüsse noch in Rückstand sind, widrigenfalls diese Angelegenheit durch einen Besammlungsbeschluff geregelt werden muß.

Singetretten:
G. A. Freygang, Leipzig. Paul Söhlisch, Ologau. Carl Liebs, Breslau. Firchtgott Rich. Berner, Kenkersdorf. Georg Adam, Augsburg (G.). Franz Robert Kästner, Leipzig. Herm. Rob. Sperling, Leipzig. Friedr. Herm. Demmig, Alßen. Ernst Hesse, Connewitz. Carl Ferd. Mer. Sigtke, Leipzig. Carl Friedr. Schmidt, Söhlisch. Carl Wilhelm Mühlner, Reudnitz. Bernhard Schirmer, Zschagast. Oscar Woldegar Rinte, Altenburg. Theob. Beyer, Braunschw. Carl Wilh. Stützing, Delsch. Wilh. Leibnitz, Stötteritz. Emil Gräfe, Leipzig. Max Freyhoff, Nauen. Wilh. Rönneburger, Profen. Oscar Kuschmann, Berlin. Carl Paul Nestler, Thonberg. Otto Heinr. Schmidt, Lindenan.

Abgereist:
Paul Kroschwitz, Berlin. J. C. Stein, Marktranslät. Rich. Prager, Leipzig.

Ausgetreten:
Aug. Ehrhardt, Braunschw. Rob. Stief, Leipzig. Ernst Müller, Leipzig. Christ. Müller, Großschöcher.

Sur Beachtung. Den betr. Herren Theilmernern an den Buchführungsstunden zur Nachricht, daß die Liste am 26. c. dem Directorium übergeben wird.
J. Sawltha, Kreisling.

Vereins-Fremdenverkehr.
Leipzig: Fr. W. Halliger, Friebrichstraße 5.
Augsburg: Westendgasse, Wintergasse.